



Jahresbericht 2021

Menschenrechte. Gesundheit.
Nothilfe. Psychosoziale Arbeit.
Flucht und Migration.



medico international

Solidarische Hilfe. Globale Gere

Mit Haltung.

Es geht um Solidarität. Für medico international, die 1968 in Frankfurt am Main gegründete Hilfs- und Menschenrechtsorganisation, bedeutet das, uns an der Seite der Betroffenen von Unterdrückung und Krieg sowie der Ausgeschlossenen des globalisierten Kapitalismus für eine gerechte Welt einzusetzen. Ausgangspunkt ist unsere Überzeugung, dass die gleichen Rechte gelten und geltend zu machen sind – für alle Menschen, an jedem Ort. Unser Ziel ist es, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die ein Leben in Würde und Recht, frei von Armut und in bestmöglicher Gesundheit ermöglichen.

In Solidarität.

Im Drängen auf grundlegende Veränderungen unterstützen wir Partnerorganisationen und emanzipatorische Bewegungen im globalen Süden: Seien es Näher:innen in Südasien, die für faire Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken streiten, zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in Israel und Palästina für die Gültigkeit der Menschenrechte einsetzen, oder Organisationen, die in Westafrika gegen die Plünderung von Rohstoffen und Umweltzerstörung kämpfen. Von kritischer Nothilfe über Flucht und Migration bis zu globaler

Gesundheit und psychosozialer Arbeit: Jedes Jahr unterstützen wir weit über 100 Kooperationen. Diese Förderung und der politische Austausch münden oft in eine langjährige partnerschaftliche Zusammenarbeit und internationale Netzwerke der Solidarität.

Für Veränderung.

Wir helfen, um Hilfe überflüssig zu machen. Gemeinsam wollen wir Verhältnisse überwinden, die Not und Unrecht hervorbringen und immer mehr Hilfe nötig machen. Hierbei rückt medico die Verantwortung des globalen Nordens für elende Lebensverhältnisse und Gewalt in vielen Regionen der Welt in den Blick. Mit unserer kritischen Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Kampagnen machen wir die zerstörerischen Folgen von kapitalistischen und neokolonialen Herrschaftsverhältnissen deutlich. Das Verbindende solcher Initiativen ist die Idee eines globalen Ausgleichs und gerechter Weltverhältnisse. Dabei haben wir nicht immer einfache Antworten, stets aber eine klare Haltung: Globale Solidarität ist für uns Weg und Ziel zugleich.



Immer mehr Menschen suchen eine Zukunft in den Megastädten der Welt. Hier in Dhaka, Bangladesch.

chtigkeit.

Nothilfe

In den fünf Jahrzehnten, in denen medico Menschen in Not unterstützt, haben wir gelernt, dass Hilfe nicht – wie in den Medien oft vermittelt – eine Frage der Schnelligkeit ist. Auch in akuten Krisen gilt, dass Nothilfe internationaler Nichtregierungsorganisationen die vorhandenen Strukturen der Selbsthilfe fördern und ausbauen muss, statt sich an die Stelle einheimischer Akteur:innen zu setzen. Unser Partnernetzwerk leistet eine solche nachhaltige Nothilfe. Sie hat zum Ziel, dass Menschen in Not so schnell wie möglich wieder selbstständig und selbstbestimmt handeln können.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit lässt sich nicht auf die Frage medizinischer Versorgung reduzieren. Erst recht nicht dort, wo Menschen nicht genügend Nahrungsmittel, kein Dach über dem Kopf, keine Bildung und keine Arbeit haben. Für medico schließt die Verwirklichung des umfassenden Rechts auf Gesundheit daher die Schaffung gesunder Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen für alle ein. Mit unseren Partner:innen kämpfen wir gegen krankmachende Verhältnisse sowie für das Recht auf ein gesundes und gutes Leben.

Menschenrechte

In einer zutiefst gespaltenen Welt, in der eine globalisierte Ökonomie Millionen Menschen sozial und ökonomisch ausschließt, ja „überflüssig“ macht, steht medico an der Seite derer, die sich für die Verteidigung und Durchsetzung der unteilbaren sozialen, politischen und ökonomischen Menschenrechte einsetzen. Dabei muss sich jede Hilfe daran messen, ob und wie sie dazu beiträgt, die Menschen wieder „in ihr Recht zu setzen“. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit ist so auch ein Kampf gegen Verhältnisse, die diese Rechte strukturell beschneiden.

Psychosoziale Arbeit

Von der Hilfe für Folteropfer über die Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingen bis zur Arbeit mit misshandelten Frauen: Seit langem engagiert sich medico dafür, die individuellen Folgen massiver Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen in der Projektförderung eigenständig zu berücksichtigen. medico wendet sich dabei gegen die Pathologisierung der Betroffenen. Psychische Störungen sind menschliche Reaktionen auf unmenschliche Erfahrungen. Es geht darum, geschützte Räume zu schaffen, in denen Menschen – vermittelt über Haltungen wie Empathie, Vertrauen und Respekt – Würde und Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können.

Flucht und Migration

Weltweit sind Menschen auf der Flucht vor Krieg, Armut und Hoffnungslosigkeit. Unsere Partnerorganisationen leisten humanitäre Nothilfe, medizinische Versorgung, psychologischen Beistand und Rechtsberatung für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten. In Herkunfts- und Transitländern, bei uns, in Netzwerken der Solidarität. Für das Recht auf ein Leben in Würde – überall.

Titelbild:

Im Winter 2021/2022 stranden Tausende Geflüchtete im Niemandsland zwischen Belarus und Polen. Einkesselt von den Grenzschützern, ohne rechtliche Beratung, medizinische Versorgung, ausreichend Wasser oder Essen sterben mehrere Menschen. Foto: REUTERS/Maxim Shemetov

| | | |
|----|--|-------|
| 05 | Editorial | <hr/> |
| 06 | Jahresüberblick: Zwölf Monate, zwölf Ereignisse | <hr/> |
| 10 | Migration: Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe | <hr/> |
| 13 | Nothilfe in Haiti: Ein Land wird seiner Zukunft beraubt | <hr/> |
| 14 | Menschenrechte in Afghanistan: Zurück auf null | <hr/> |
| 17 | Perspektiven: medicos Kompass und globale Krisen | <hr/> |
| 18 | Menschenrechte in Israel/Palästina: Politik der Diffamierung | <hr/> |
| 20 | Globale Gesundheit: Lehren aus der Pandemie | <hr/> |
| 23 | Psychosoziale Arbeit: Die Ringvorle- sung „Turbulente Psyche[n]“ | <hr/> |
| 24 | Feminismus im Irak: Die nächste Gene- ration | <hr/> |
| 26 | Debatte: Die Konferenz „[Re-]Kons- truktion der Welt“ | <hr/> |
| 26 | Aktionen & Kampagnen: Impfsoli & Co, Podcast Global Trouble und Rückkehr- Watch | <hr/> |
| 28 | Portrait: Kampf gegen Straflosigkeit im Libanon | <hr/> |
| 30 | Portrait: Neue soziale Bewegungen in Chile | <hr/> |
| 31 | Stiftung: Förderung von Kooperatio- nen, plus Reihe „Der Utopische Raum“ | <hr/> |
| 34 | Finanzen & Organisation: Finanz- bericht, Gesamtergebnis, Gewinn- und Verlustrechnung, Ergebnisrechnung nach Aufwandskategorien, Bilanz, Organisation und Organigramm | <hr/> |
| 44 | Projektübersicht: Geförderte Koopera- tionen nach Regionen | <hr/> |
| 47 | Service: Weiterführende Infos | <hr/> |



Dr. med. Anne Blum
Vereinsvorsitzende

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einigen Jahren ist viel von Zäsuren die Rede. Da ist seit 2020 die Corona-Pandemie, die die Risse der Welt durch mangelnde globale Zusammenarbeit und fehlende Solidarität auf verheerende Weise offengelegt hat. Da ist die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Sommer 2021, die durch das desaströse Scheitern eines westlich-imperialen Entwicklungsmodells möglich wurde. Da ist seit Februar dieses Jahres der Krieg in der Ukraine, dessen globale Auswirkungen bisher unabsehbar sind. Zu all dem hinzu kommt die Klimaveränderung mit ihren weltweiten Katastrophen.

In dieser „Unwelt“, so der Titel einer medico-Publikation Ende des vergangenen Jahres, muss sich unser Engagement stets aufs Neue bewähren. So stellt sich die Frage, wie unsere Arbeit aussehen kann, wenn immer mehr unserer Partner:innen bedroht, verfolgt und außer Landes gezwungen werden. Wie globale Solidarität realisieren, wenn das Rette-sich-wer-kann-Prinzip gilt? Welche Kooperationen können es mit diesen Weltverhältnissen aufnehmen?

Wir wollen Räume schaffen, in denen globales Nachdenken stattfinden kann.

Zu den Antworten müssen viele Stimmen und nicht nur solche aus den privilegierten Zonen beitragen. Wir wollen unsere Möglichkeiten nutzen und Räume schaffen, in denen ein gemeinsames globales Nachdenken stattfinden kann. Ausdruck hiervon waren die große medico-Konferenz „[Re-]Konstruktion der Welt“ im Februar 2021 sowie die Veranstaltungen der Debattenreihe „Der Utopische Raum“ der medico-Stiftung und die Ringvorlesung „Turbulente Psyche[n]“, mit der das Jahr endete. Dank der außerordentlich großen Unterstützung und Spendenbereitschaft konnten wir mit rund 130 Kooperationen in mehr als 30 Ländern die emanzipatorische Arbeit unserer Partnerorganisationen fördern – vom Recht auf Gesundheit über die Verteidigung von Menschenrechten bis zu psychosozialer Unterstützung und Fluchthilfe. Dafür möchten wir allen Spender:innen sehr herzlich danken!

Auf den folgenden Seiten informieren wir Sie zu all dem wie gewohnt ausführlich. Hier noch ein Blick in das Innere von medico, wo sich der Generationswechsel fortgesetzt hat: Nach 17 Jahren als Leiterin der Kooperationsabteilung hat Karin Urschel im November 2021 die Aufgabe an Till Küster übergeben. Im August 2022 wird Tsafir Cohen, der bis 2014 für medico bereits unter anderem als Büroleiter in Ostjerusalem und Ramallah tätig war, die Stelle als neuer Geschäftsführer antreten.

Herzliche Grüße

Anne Blum

Afghanistan, August 2021. Die Taliban sind wieder an der Macht. Millionen Menschen wollen das Land verlassen, unzählige sind bedroht. Nicht einmal seine Zusicherungen gegenüber den „Ortskräften“ hält der Westen ein. Nur wenige schaffen es in die Evakuierungsflüge.





Zwölf Monate, zwölf Ereignisse

Deutschland

Transnationales Denken

Auf der Online-Konferenz „[Re-]Konstruktion der Welt“ von medico diskutierten Redner:innen aus aller Welt mit einem Publikum aus aller Welt drei Tage lang über Auswege aus den katastrophischen Weltverhältnissen. Die Resonanz ist gewaltig, die Erfahrung eines gemeinsamen globalen Nachdenkens wegweisend [> S. 26].

Global

Freigabe der Patente

Während in Europa die Impfkampagnen gegen Covid-19 auf Hochtouren laufen, müssen sich weite Teile der Welt gedulden. Patente verhindern die Ausweitung der Produktion. Politische Initiativen, Protestaufrufe und Kampagnen fordern eine Aussetzung des Patentschutzes – bis heute [> S. 20 und 28].

Palästina/Israel

Eskalationsspirale

Im Nahostkonflikt kommt es in Reaktion auf [drohende] Zwangsumsiedlungen palästinensischer Familien in Ost-Jerusalem zu Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. Massive israelische Luftangriffe, auch auf zivile Ziele, zwingen Zehntausende in die Flucht. Auch innerpalästinensische Spannungen wachsen. Im Juni erheben sich im Westjordanland nach dem Mord an einem Oppositionellen Proteste gegen die Palästinensische Autonomiebehörde. Diese reagiert mit Gewalt.

Januar

März

Mai

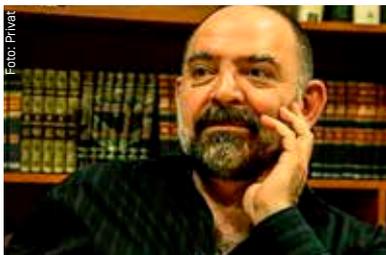
Februar

April

Juni

Libanon

Politischer Mord



Sein politisches Leben lang hat sich Lokman Slim gegen das System der Straflosigkeit eingesetzt, zuletzt mit Recherchen zur Explosion im Hafen von Beirut. Am 3. Februar wird der Aktivist, Journalist, Verleger und langjährige medico-Partner ermordet. Den Kampf um Aufklärung setzen andere fort [> S. 30].

Nordsyrien

Hilfe für Kriegsoffer



Inmitten der bedrohten Zukunft von Rojava errichtet die medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond ein Prothesen- und Gesundheitszentrum. In Folge der Kriege sind mehrere Tausend Menschen auf eine Prothese und viele mehr auf Physiotherapie und psychosoziale Betreuung angewiesen.

Südafrika

Gesundheit für alle

An erfolgreiche Vorgängerprojekte anknüpfend, startet eine dreijährige Kooperation, die von den medico-Partnerorganisationen Khanya College, Sinani und People's Health Movement South Africa getragen wird. Ziel ist die landesweite Stärkung der Community Health Worker und von lokalen Gesundheitsforen, die sich aktiv für die gesundheitlichen Belange der ärmsten Bevölkerungsgruppen einsetzen.

EU-Außengrenze

Push Back Europa

Haiti

Am Ende bleibt nur ein Anfang

Im Juli hat der Mord an Präsident Jovenel Moïse die Staatskrise noch vertieft. Wenige Wochen später richteten ein Erdbeben und dann ein Tropensturm enorme Verwüstungen an. Traumatisierung ohne Ende. 500 Organisationen, Parteien, Kirchen und NGOs fordern nichts Geringeres als die „Neugründung des haitianischen Staates“ [> S. 13].



Schutzsuchende Menschen werden entlang der Grenze zwischen Belarus und Polen von zwei Armeen hin- und hergetrieben. Die EU ist nicht bereit, wenige Tausend Menschen – viele sind vor Krieg und Gewalt geflohen – aufzunehmen. Hilfe kommt nur von zivilgesellschaftlichen Organisationen [> S. 10].

Südafrika

Neue Variante, gleicher Reflex

Südafrika meldet die Entdeckung einer Coronavirus-Variante, die Omikron heißen wird. Infolge dieser Transparenz verhängt Europa massive Reiseverbote von und nach Südafrika und Nachbarstaaten. Dabei ist Omikron nicht in Südafrika entstanden und längst in der Welt unterwegs.

| | | | | | |
|------|--------|-----------|---------|----------|----------|
| Juli | August | September | Oktober | November | Dezember |
|------|--------|-----------|---------|----------|----------|

Afghanistan

Zusammenbruch



Die Rückkehr der Taliban an die Macht lässt Hoffnungen, die 20 Jahren lang geweckt wurden, binnen Tagen zerbröseln. Dauerhaft desavouiert ist das „Nation Building“ nach westlichen Vorgaben. Den Preis zahlen die Afghan:innen, die einmal mehr um Freiheit und Zukunft gebracht werden [> S. 14].

Deutschland

Vermeintlich freiwillig

Die Bundesregierung fördert Programme, die Geflüchteten und Migrant:innen eine freiwillige Rückkehr nahelegen, angeblich „in Sicherheit und Würde“. Die medico-Dokumentation Rückkehr-Watch zeigt, worum es geht: Menschen effizient aus dem Land zu bekommen [> S. 29].

Chile

Zeitenwende



Im Oktober hat der Konvent die Arbeit zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung aufgenommen – ein Meilenstein. Kurz vor Weihnachten wird der linke Kandidat Gabriel Boric zum Präsidenten gewählt. Eine Gesellschaft macht sich auf, den Neoliberalismus zu überwinden [> S. 31].

Europäische Grenzpolitik

Zweierlei Maß

Über die Aufnahme der einen und die Abwehr der anderen Flüchtlinge in Polen – und die fortschreitende Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe an den Außengrenzen der EU. Von Ramona Lenz und Kerem Schamberger



Foto: R. J. Peters/Lukasz Glowala

Freiwillige der Grupa Granica im Wald nahe der belarussischen Grenze.

In Polen hat sich nach Ausbruch des Krieges im Nachbarland Ukraine eine beeindruckende Willkommenskultur und -praxis entwickelt. Bis Ende April hat das Land mehr als 2,8 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine empfangen. Sie wurden willkommen geheißen von der Zivilgesellschaft, aber auch vom Staat. Der polnische Grenzschutz veröffentlichte Bilder, auf denen er den Ankommenen die Koffer trägt und erschöpfte Menschen stützt, damit sie sich über die Grenze in Sicherheit bringen können.

Es ist schwierig, diese Gesten der Gastfreundschaft und Solidarität mit dem Geschehen an der polnisch-belarussischen Grenze nur wenige hundert Kilometer nördlich zusammenzubringen. Im Herbst 2021 campierten dort Tausende Flüchtlinge in der Hoffnung, in der EU aufgenommen zu werden. In seinem Konflikt mit dieser hatte der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko sie ermutigt und in die Region bringen lassen. Es sind Menschen, die sich aus Ländern wie Afghanistan, Irak, Ägypten, Sudan, Jemen, Türkei oder auch aus Lateinamerika auf den Weg gemacht haben. Während sie immer wieder versuchten und von belarussischer Seite auch dazu gedrängt wurden, über die Grenze und damit in die EU zu gelangen, erklärte Polen den Ausnahmezustand und das Grenzgebiet zum Sperrgebiet. Fortan wurden die Schutzsuchenden Menschen, die Krieg und Gewalt in ihren Herkunftsländern entkommen wollten, im abgeriegelten Niemandsland von zwei Armeen hin- und hergetrieben. Und die EU bleibt hart.

Grenzsicherung mit Zaun und Strafanzeigen

Inzwischen hat Polen einen massiven Grenzzaun errichtet und ist die Situation dort aus den hiesigen Medien verschwunden. Noch immer aber befinden sich Flüchtlinge im Grenzgebiet. Einige sind in den weiten Wäldern des Grenzgebiets auch erfroren. Und die, die es nach Polen schaffen und aufgegriffen werden, landen häufig in sogenannten „Detention Centers“, wo die Bedingungen schlechter sind als in polnischen Gefängnissen. Etwa 2.000 Menschen sitzen dort derzeit fast ohne Kontakt zur Außenwelt ein, ohne zu wissen, wann sie entlassen werden. Zunehmend geht die PiS-geführte Regierung auch gegen Menschen vor, die die unerwünschten Flüchtlinge unterstützen. Im März wurden acht Personen – ein Italiener, drei Ukrainer und vier polnische Staatsangehörige – festgenommen, weil sie Flüchtlingen beim Grenzübertritt aus Belarus geholfen haben sollen. Ihnen drohen bis zu acht Jahren Haft. Auch Aktivist:innen des von medico unterstützten Menschenrechtsnetzwerks Grupa Granica sind von den Repressionen betroffen.

Eine polnische Aktivistin bringt die Brutalität des Grenzregimes auf den Punkt, mit der viele Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, konfrontiert sind: „Wir können die Menschen nicht mitnehmen oder sie an einen sicheren Ort bringen. Das wäre eine kriminelle Handlung. Aber es ist kein Verbrechen, diese Menschen ihrem langsamen Tod zu überlassen.“ Und angesichts der unterschiedlichen Behandlung von Menschen an der ukrainischen und der belarussischen Grenze sagt ein anderer Aktivist: „Es ist, als



Eine Gruppe aus dem Irak hat es über die polnische Grenze geschafft und wurde von der Grenzpolizei gestellt.

gäbe es in einem Land zwei verschiedene Länder mit völlig unterschiedlichen Regeln: In einem werden Menschen gerettet, in dem anderen drohen sie im Wald zu sterben.“

Die Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe an den Grenzen der Europäischen Union nimmt stetig zu. Zum Beispiel auf dem Weg nach Malta, dem kargen Inselstaat ganz im Süden Europas. Die libysche Küste ist von dort nur etwa 350 Kilometer entfernt. In dem vom Krieg zerrissenen Land warten Tausende Menschen auf eine Chance, sich in Europa in Sicherheit bringen zu können. Doch auf dem Weg dorthin zeigt sich das alltägliche Gesicht der europäischen Grenzpolitik: Wer sich aufmacht, wird per Pushback zurückgewiesen. Mehrere Zehntausend Fälle dieser die Menschenrechte und das Recht auf Asyl verletzenden Praxis wurden alleine auf der Fluchtroute aus Libyen gezählt. Sie ist effektiv: Im Jahr 2021 kamen laut UNHCR nur 832 Menschen auf Malta an. Viele andere haben auf der gefährlichen Überfahrt ihr Leben verloren oder wurden von libyschen Milizen abgefangen und zurückgebracht.

Der Fall ElHiblu3: Terrorvorwurf

Abdalla, Amara und Kader waren gerade mal 15, 16 und 19 Jahre alt, als sie sich 2019 von Libyen aus auf den Weg nach Malta machten. Bei der Überfahrt droht ihr mit 108 Personen besetztes Boot zu sinken. Sie werden von einem Frachtschiff – der El Hiblu – aus der Seenot gerettet. Doch der Kapitän steuert nicht Europa an, sondern Libyen. Also zurück in Zwangsarbeit und Folterlager, die dort vor allem für schwarze Menschen auf der Flucht Alltag sind. Abdalla, Amara und Kader können etwas Englisch und so beginnen sie zwischen der Crew und den anderen Geflüchteten, die auf keinen Fall zurück nach Libyen wollen, zu vermitteln. Am Ende gelingt es ihnen, den Kapitän davon zu überzeugen, Kurs auf Malta zu nehmen. Doch noch bevor sie an Land gehen, stürmt eine Spezialeinheit das Schiff und nimmt die drei fest. Der Vorwurf: Terrorismus und Entführung. Sie haben die Europäische Union erreicht, sitzen aber zunächst acht Monate wie Schwerverbrecher im Gefängnis. Bis heute laufen die Ermittlungen. An ihnen, die nun als ElHiblu3 bekannt sind, soll ein Exempel statuiert werden. Um die drei zu unterstützen, gründete sich im Oktober 2021 die ElHiblu3 Freedom Commission, der neben medico auch Achille Mbembe, Carola Rackete und Jean Ziegler angehören. Ihre Forderung: „Widerstand gegen illegale Pushbacks nach Libyen ist kein Verbrechen. Freiheit für die ElHiblu3!“



Foto: ElHiblu3-Kampagne

Abdalla, Amara und Kader
erscheinen vor Gericht.

Juristisch bleibt es umstritten, ob die zum Teil lebensgefährlichen Pushbacks durch Küstenwachen, Frontex und libysche Milizen illegal sind. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat erst kürzlich geurteilt, dass Pushbacks von Griechenland nach Nordmazedonien rechtens seien. Die Menschen hätten ja einfach an eine Grenzstation gehen und dort Asyl beantragen können. „Mit der Realität von Fluchtbewegungen hat diese Rechtsprechung nichts mehr zu tun“, schreiben die Grenzregime-Forscher:innen Lore Graf und Maximilian Pichl. Doch die Urteile des EGMR werden nicht nur aus juristischen Überlegungen gefällt. Seit Jahren steht der Gerichtshof unter Druck, weil die ihn finanzierenden Nationalstaaten mit Entzug von Geldern und Kompetenzen drohen, sollte er eine migrationsfreundliche Rechtsprechung betreiben. Die Justiz wird politisiert und droht ihre Unabhängigkeit einzubüßen. Umso mehr gilt es, auch in Zukunft die Flüchtlinge und Aktivist:innen zu unterstützen, die trotz der immer größer werdenden Gefahr der Kriminalisierung weiter für die Rechte von Menschen auf der Flucht eintreten.

Kooperationen im Bereich Flucht und Migration haben auch 2021 wieder einen Schwerpunkt der medico-Förderungen ausgemacht. Im polnisch-belarussischen Grenzgebiet wurde zum Beispiel die Flüchtlingsunterkunft der Fundacja Polska Goscinosc und die Arbeit der Helfer:innen des Netzwerks Grupa Granica unterstützt.

Haiti in der Dauerkrise

Wenn keiner hinschaut

Ein Präsidentenmord, Gang-Gewalt, Naturkatastrophen, eine Grenzmauer: Ein Land wird seiner Zukunft beraubt. Hierzu tragen die internationalen Geberländer aktiv bei. Von Katja Maurer

„Die Mehrheit der Menschen lebt dort, wohin wir nicht schauen wollen.“ Diesen Satz legt die Schriftstellerin Yanick Lahens dem französischen Journalisten Francis in ihrem Roman „Sanfte Debakel“ in den Mund, aus dem die weit über Haiti hinaus anerkannte Schriftstellerin im Oktober vergangenen Jahres in Frankfurt bei medico international gelesen hat. Sie selbst ist danach an einen solchen Ort zurückgekehrt. Damals zeichnete sich gerade ab, was die jüngste Eskalation des haitianischen Alltags bedeutet. Weite Teile von Port-au-Prince und Umgebung stehen unter der Kontrolle von Gangs, die vom wahllosen Kidnapping leben und sich im Kampf um Einflusszonen bekriegen. Um nicht in die Konfrontationen zu geraten, verlässt die Bevölkerung am Abend die Wohnungen nicht mehr. Wer fliehen kann, flieht. Manche vergleichen ihre Situation mit der der ukrainischen Bevölkerung.

Der mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Juli 2021 installierte Regierungschef Ariel Henry sagt dazu nichts. Der Publizist Robenson nennt das ein beredtes Schweigen: „Die Untätigkeit der Regierung ist eine deutliche Form, Position zu beziehen. Sie unterstützt die Gewalt der Gangs.“ Das Fernmanagement einer No-Go-Zone (Achille Mbembe), zu der die haitianischen Eliten und internationale Akteur:innen, allen voran die USA, Haiti gemacht haben, lässt sich hier genau studieren. Einziges Ziel ist, dass sich das haitianische Unglück nicht auf die Nachbarstaaten ausweitet. Ein kontinentweiter Konsens versucht, die Migration von Haitianer:innen zu unterbinden. Die gewalttätige „Rückführung“ von 17.000 Menschen binnen weniger Wochen aus den USA war die massivste Deportationsrate in der US-amerikanischen Einwanderungsgeschichte, wohlgerneht unter einem demokratischen Präsidenten. Der begonnene Bau einer Mauer entlang der Landesgrenze zur Dominikanischen Republik ist die logische Konsequenz.

Die medico-Partnerorganisationen bewegen sich in diesem Umfeld mit Mut und Unverdrossenheit. Das Menschenrechtsnetzwerk RNDDH beispielsweise beharrt auf der vollständigen Aufklärung des Präsidentenmords und legt regelmäßig Berichte zum Stand der Ermittlungen vor. Der jüngste nennt alle Namen, deren Verwicklung durch Telefonate, Bankverbindungen und Treffen belegt sind, darunter der von Nachfolger Ariel Henry. Nach der Veröffentlichung nahmen ernst zu nehmende Todesdrohungen gegenüber Pierre Esperance, Direktor von RNDDH, weiter zu. Die Menschenrechtsorganisation gehört dem breiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk an, das mit der Montana-Vereinbarung im August 2021 einen konsistenten Übergangsplan vorgelegt hat, um einen zweijährigen Transformationsprozess unter haitianischer Führung in die Wege zu leiten. Er sieht nicht nur Wahlen von Präsident, Parlament und Regierung vor, sondern auch einen Übergang zum Ende der Gewalt und zum Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen. Solche menschenrechtlichen Bedingungen sind in einer No-Go-Zone aber nicht vorgesehen. Die US-Regierung und die internationale Core Group haben bisher alle Vorschläge der Montana-Vereinbarung abgelehnt.



Auf der Flucht vor der Gewalt in Port-au-Prince.

medico hat im Jahr 2021 drei Partnerorganisationen in Haiti mit insgesamt 106.366 Euro unterstützt. Alle drei haben nach dem verheerenden Erdbeben im August auch solidarische Nothilfe geleistet.

Afghanistan

Zurück auf null

Mit der Rückkehr der Taliban an die Macht ist die Mission des Westens vollends gescheitert. Was bleibt, sind gebrochene Versprechen, Unterdrückung und landesweit eklatante Not. Über ein Desaster, das hierzulande schon vergessen zu sein scheint, und wohin es noch führen kann. Von Thomas Rudhof-Seibert



Die Frauen Afghanistans sind in die Häuser und unter die Schleier zurückgezwungen, also in Unsichtbarkeit und Unhörbarkeit.

Zwanzig Jahre lang, von 2001 bis 2021, versprachen internationale, auch deutsche „Sicherheits“-Truppen den über 40 Millionen Afghan:innen die landesweite Durchsetzung von Menschen- und Frauenrechten. Anfang August 2021 verließen sie fluchtartig das Land, ließen dabei tonnenweise Kriegs- und Kampfgerät aller Art zurück. Nur zwei Wochen später übernahmen die Taliban die Macht: ganz so, als sei in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten nichts, aber auch gar nichts geschehen. Zum Jahresende schon hatten die Gotteskrieger fast alles wieder so eingerichtet wie unter ihrer ersten Herrschaft. Alle höheren Verwaltungsposten, ausnahmslos alle Ämter der Rechtsprechung sind direkt mit Taliban oder engen Mittelsmännern besetzt. Die Frauen des Landes sind in die Häuser und unter die Schleier zurückgezwungen, also in Unsichtbarkeit und Unhörbarkeit. Geändert haben sich aber auch die Kleidung und das Erscheinungsbild der Männer, die sich wieder Bärte wachsen lassen müssen. Elektronische und Printmedien sind entweder gänzlich verstummt oder in Propagandaorgane des „Islamischen Emirats“ verwandelt. Mit Peitschenhieben vor aller Augen, mit willkürlichen Festnahmen und Verschleppungen zu jeder Zeit und an allen Orten wird jedem Journalisten, jeder Menschen- oder Frauenrechtsaktivistin, aber auch allen Beamt:innen, bevorzugt allen Soldaten und Polizistinnen der gewesenen Republik vor Augen geführt, dass Widerspruch jeglicher Art mit brutaler, in wachsender Zahl auch tödlicher Gewalt geahndet wird. Vertreibungen ganzer Gemeinden, zum Teil weitflächiger Landraub und rückhaltlose Ausplünderung durch „religiöse“ Steuern belehren die ethnischen und religiösen Minderheiten, dass die Gewalt der Taliban wie früher schon immer auch eine paschtunische Gewalt ist: erstes und letztes Mittel einer ethnischen Willkürherrschaft über eine multiethnische und multireligiöse Gesellschaft.

Kein Bild, kein Ton

Neu, wenn auch nicht ganz neu, sind nur der Hunger, die schutzlose Aussetzung an die Kälte und die Perspektivlosigkeit der Sorge ums nackte Überleben. Das Elend trifft alle, und es trifft sogar die Taliban: Wie die meisten Afghan:innen haben auch sie seit August 2021 keine Gehaltszahlung mehr erhalten, leiden auch sie unter dem weitgehenden Zusammenbruch des Geldverkehrs. Deshalb ist ihre Gewalt nicht nur eine ethnische und religiöse, sondern auch eine Gewalt des nackten Raubes. Deshalb wächst die Gewalt auch unter den Taliban, kommt es immer häufiger zu Überfällen von Taliban auf Taliban. Zur Ausweglosigkeit der Lage gehört, dass schon im August 2021 eine überlebensgefährdende humanitäre Krise ausgerufen wurde, weil schon damals feststand, dass die nach mehrjähriger Dürre sowieso eher ärmliche Ernte des vergangenen Jahres zum größten Teil verloren war. Seither ist nichts Neues zu erfahren, weil es keine oder so gut wie keine Berichterstattung mehr gibt. Al Jazeera bestätigt im Mai 2022 ausdrücklich, was im August 2021 schon befürchtet wurde: dass 90 Prozent der Afghan:innen hungern müssen. Zahlen, die mitteilen würden, wie viele der vor dem Winter vom Hunger- und Kältetod bedrohten Menschen

zwischenzeitlich an Hunger und Kälte gestorben sind, weiß auch der arabische Sender nicht zu nennen, lässt dafür aber einen Afghanen zu Wort kommen, der sagt: „Alles, was wir tun können, ist, den Hungertod nicht zu sterben.“

Das beredte Schweigen liegt allerdings nicht nur an der Gewalt der Taliban. Afghanistan ist der Welt keine Meldung mehr wert, nicht mal als Randglosse in der Nachrichten- und Bilderflut zum Ukraine-Krieg. Erinnert überhaupt noch jemand das Bild, in dem sich erschütternd verdichtete, was im August 2021 geschah? Jenes Bild, auf dem ein Mensch in die Tiefe stürzt, der sich an ein startendes Flugzeug geklammert hatte? Ein Mensch, der jetzt nur noch ein kleiner, vom Himmel torkelnder Punkt war? Denkt irgendwer noch an all die anderen Bilder aus Kabul, die Bilder von der Menge, die verzweifelt versucht, in den Flughafen zu gelangen? Bemerkt irgendwer, dass die wenigen Meldungen, die uns überhaupt erreichen, Meldungen von Bombenanschlägen sind, die mal fünf, mal sieben, mal zehn, einmal auch 70 Menschen in den Tod reißen?

Raus, nur raus

Zu denen, die im August 2021 Tag und Nacht versuchten, in den Flughafen Kabuls zu gelangen, gehörten auch die Mitarbeiter:innen der medico-Partnerorganisation Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO). Anders als viele andere brachen sie das sinnlose Unterfangen früh ab und begaben sich auf eine gewagte Reise. Sie scharten nahezu all ihre Angehörigen um sich, mieteten sich Reisebusse und jagten über Nacht quer durch das ganze Land zur pakistanischen Grenze. Mehrmals von Taliban gestoppt, wurde ihnen glücklicherweise stets die Weiterfahrt gestattet, eher aus Unwissenheit denn aus Gnade. Noch in der Nacht gelangten die über 180 Flüchtenden auf die pakistanische Seite, wo Verwandte sie mit einer Flotte von Pkw ins nahegelegene Quetta schafften, die Hauptstadt der selbst schon seit Jahren kriegszerrütteten Provinz Belutschistan. Erste Unterkunft war ein mit zwei Toiletten ausgestatteter Hochzeitssaal.

Noch in der Fluchtnacht hatte Hadi Marifat, Geschäftsführer von AHRDO, das medico-Büro unterrichtet. Von nun an blieben wir über Wochen in täglicher Verbindung, telefonierten oft mehrmals am Tag. Kurzentschlossen widmeten wir die zur Unterstützung der AHRDO-Arbeit in Afghanistan verplanten Mittel in Fluchtgelder um, übernahmen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung in Quetta, schließlich die Kosten des wiederum abenteuerlichen Umzugs aller Geflüchteten in die Hauptstadt Islamabad. Zeitgleich begannen Verhandlungen mit der deutschen und der kanadischen Botschaft in Pakistan, an denen sich auch Kolleg:innen der internationalen NGO „Frontline Defenders“ beteiligten. Die Botschaften erreichten die stillschweigende Duldung der pakistanischen Behörden, damit unsere Partner:innen vor der Rückschiebung ins Land der Taliban geschützt waren, die nicht wenige Geflüchtete traf und weiter trifft. Ende des Jahres erklärte sich schließlich Kanada bereit,

die AHRDO-Mitarbeiter:innen samt ihren Angehörigen aufzunehmen. Wenige Wochen später trafen alle sicher in Edmonton ein, einer Stadt, von der wir alle zuvor noch nie etwas gehört hatten. Derweil hat die sonst eher entschlossen auftretende deutsche Außenministerin zur Lage in Afghanistan in all diesen Monaten nur zu berichten, dass Deutschland allein solche Afghan:innen aufnehmen wird, die es bis Ende August 2021 auf deutsche Listen geschafft haben. Von denen, das war von der Ministerin zu erfahren, sei die Mehrzahl noch im Land.

Ein Deal mit den Taliban?

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Taliban wurden afghanische Vermögenswerte weltweit eingefroren. Allein die USA blockierten Gelder in Höhe von sieben Milliarden Dollar. Schon vor dem Jahreswechsel wurden erste Forderungen laut, die Blockaden und Sanktionen zu lockern, um die humanitäre Krise wenigstens einhegen zu können. Im Land verbliebene Hilfsorganisationen kündigten an, ihre Arbeit fortsetzen zu wollen, verlangten deshalb auch ihrerseits, wieder Geld ins Land fließen zu lassen. Verwiesen wurde dazu auf lokale Unterschiede in der Talibanherrschaft, auf die Bereitschaft einzelner Kommandanten, humanitäre Helfer:innen, aber auch Lehrer:innen weiter ihre Arbeit tun zu lassen. Lassen die politischen wie die ökonomischen Differenzen unter den Taliban solche Widersprüche zumindest örtlich und zeitweilig zu, gilt allerdings zugleich, dass die bewaffneten Koranschüler im Ganzen doch eine weltweit unvergleichlich radikale Kraft sind. So ließ Mullah Mohammed Hassan Akhund, ihr regierender Premierminister, den Untertanen seines Emirats mitteilen, dass sie sich in den Überlebensfragen des Brotes und der Unterkunft nicht an die Regierung, sondern direkt an Allah wenden sollen: „Wir Taliban haben euch die Freiheit gebracht, das allein war und ist unsere Aufgabe!“ Der Premierminister der Rechtgläubigen sprach damit in aller Offenheit aus, was schon in den nächsten Monaten, gegebenenfalls in der Frist weniger Jahre geschehen kann. Tatsächlich könnte es in Afghanistan mit der humanitären auch zu einer politischen Katastrophe kommen. Zugleich unfähig und unwillig zum Führen von „Regierungsgeschäften“, könnten die Taliban sich willentlich an ihren eigenen glorreichen Untergang machen und diesen Untergang zugleich zur nationalen „Endlösung“ machen wollen: zum wortwörtlich finalen Beweis ihres wahren Glaubens. Für das Land aber könnte das heißen, ohne Intervention von außen einen Neuanfang zu finden: ein Afghanistan nach den Taliban, das dann versuchen könnte, doch noch und zumindest im Ansatz ein Land des Menschen- und Frauenrechts zu werden. Damit kehrte die Alternative wieder, die durch die Invasion der USA und ihrer Verbündeten 2001 im Keim erstickt wurde. Auch damals waren ein Einsturz der Talibanherrschaft und damit eine innerafghanische Wende zum wie begrenzt auch immer Besseren zumindest nicht auszuschließen.

Die Tiefengrammatik des Konflikts

An dieser Stelle meldet sich die Tiefengrammatik des afghanischen Konflikts. Schon genannt wurde der in der Kolonialgeschichte begründete und in Jahrzehnten des Krieges fortlaufend vertiefte ethnische Konflikt zwischen der paschtunischen Mehrheit und den anderen ethnischen Gruppen. In diesem Konflikt geht es heute allem voran um den Genozid, der den Hazara droht, der traditionell am meisten unterdrückten Minderheit. Hinzu treten zwei andere Konfliktlinien der inneren Geschichte der afghanischen Moderne: die Linie, in der afghanische Männer gegen die Frauen des Landes kämpfen, und die Linie, in der die Dörfer die Städte und alles Städtische zurückweisen. Soll die Gewalt in Afghanistan jemals ein Ende finden, muss es auf allen drei Linien zu einer Wende, einer Umkehr kommen. Die Chancen dafür stehen so schlecht, dass man der naheliegenden Resignation ebenso gut den Willen entgegensetzen kann, sich gerade für das scheinbar Unmögliche einzusetzen. Das immerhin haben Afghan:innen in den zwanzig Jahren der Republik von 2001 tun können: Sie haben dort auf eigenes Risiko Räume öffnen können, es mit dem Unmöglichen zu versuchen. Mit von der Partie war der medico-Partner AHRDO, der 2017 – heute kaum noch vorstellbar – eine „Untergrunduniversität“ durchführte, an der im Lauf einer Woche 700 Menschen teilnahmen. AHRDO setzt diese Arbeit jetzt von Kanada aus fort, benennt in Edmonton die Forderungen eines möglichen Übergangs: Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechte müssen geschützt werden. Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sollen gelten. Eine inklusive Übergangsregierung soll an die Stelle des Taliban-Regimes treten. Freie Wahlen. Dezentralisierung und Kommunalisierung der Sicherheit. Ins Spiel zu bringen sind diese Forderungen zuerst und vor allem, wenn es um die Freigabe der eingefrorenen afghanischen Ressourcen geht. Verbindlich bleiben sie, solange es trotz alledem Afghan:innen gibt, die sich hinter ihnen versammeln.

Anfang 2021 diente die medico-Unterstützung noch der theaterbasierten Menschenrechts- und Demokratisierungsarbeit von AHRDO sowie der Beratung von Migrant:innen durch die Organisation AMASO. In der zweiten Jahreshälfte wurden Gelder in die aktive Fluchthilfe für eben diese Partner:innen und einer möglichen Arbeit im Exil umgewidmet. Insgesamt hat medico für die Afghanistan-Kooperationen im Jahr 2021 knapp 190.000 Euro aufgewendet.

Der Kompass stimmt

Die Projektabteilung von medico hat einen neuen Leiter und einen neuen Namen. Fragen an Till Küster zu den Herausforderungen angesichts des globalen Krisengeschehens.

Du hast im November 2021 von Karin Urschel die Leitung der bisherigen Projektabteilung übernommen. Diese hat sich kurz vorher in „Abteilung für transnationale Kooperation“ umbenannt. Warum?

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass der technische Begriff Projekt die tatsächliche Zusammenarbeit mit unseren Partner:innen stark verengt und weder ihrem noch unserem Selbstverständnis entspricht. Sie setzen ja keine Projekte im Auftrag von medico um und sie machen viel mehr als das, was ausschließlich aus administrativen Gründen eine „Projektform“ hat. Ausgehend von geteilten politischen Anliegen umfasst unsere Zusammenarbeit Wissensaustausch, Vernetzung und Strategieentwicklung. Hinzu kommt: Ein Projekt hat einen Anfang und ein Ende. Mit den meisten Partner:innen arbeiten wir aber langfristig an der Weiterentwicklung einer gemeinsamen Agenda. Es sind Kooperationen, die teilweise über Jahrzehnte halten und natürlich auch auf uns bei medico zurückwirken. Hinzu kommt, dass die Arbeit in transnationalen Netzwerken an Bedeutung gewonnen hat. Dabei spielt eine Rolle, dass wir globale Entwicklungen wie die Klimakrise, Fluchtbewegungen und Migration, aber auch feministische Ideen über Landesgrenzen hinweg verstehen und unterstützen wollen. All das spiegelt der neue Abteilungsname wider.

Sei es die fortdauernde Pandemie, die Klimakatastrophe oder der Umsturz in Afghanistan: 2021 haben sich globale Krisen weiter verschärft. Vor welche Herausforderungen stellt das die Kooperationen von medico?

medico hatte schon immer den Anspruch, Teil globaler sozialer Kämpfe für die Durchsetzung von Rechten zu sein. Dabei reagieren wir ständig auf sich verändernde Bedingungen und Ereignisse, vor allem reflektieren wir selbstkritisch das Prinzip von Hilfe. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Jahren eine Zunahme extremer Ereignisse erlebt, dazu zählen auch autoritäre Entwicklungen, neue Kriege, die Pandemie, globale Fluchtbewegungen und massive Bedrohungen unserer Partner:innen. All das zwingt uns, Arbeitsweisen anzupassen oder neu zu entwickeln. Wie können wir eine globale Entwicklung wie die Klimakatastrophe sinnvoll bearbeiten? Wer sind die progressiven Kräfte auf globaler und lokaler Ebene, die tragfähige Ideen und Alternativen entwickeln? Wie weitermachen, wenn die Räume schrumpfen? Inzwischen haben wir zum Beispiel in Afghanistan und in Nicaragua – zwei Länder, in denen medico eine sehr lange Geschichte hat – extrem erschwerte Bedingungen. Unsere Partnerorganisationen sind verboten, massiv gefährdet oder ins Exil gedrängt.

Wie kann die Arbeit trotzdem weitergehen, im Exil und im Land selbst?

Das erarbeiten wir gerade zusammen mit den Partner:innen, womöglich müssen wir auch neue Formen der „Projektarbeit“ entwickeln. Wichtig ist, dass wir nicht bei null anfangen müssen, sondern uns auf unseren politischen Kompass ganz gut verlassen können. Der Kontext ist neu, aber Herangehensweise sind lange eingeübt und bewährt. Vertrauen wurde über viele Jahre aufgebaut. Dabei lernen wir immer auch wieder von den Ideen und Ansätzen unserer Partner:innen. Zum Beispiel konnten wir nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine schnell neue Kooperationen in Osteuropa aufnehmen, weil wir über die langjährige Arbeit im Bereich Flucht und Migration Kontakte hatten. Kooperationen in Gewaltkontexten wie Syrien helfen uns beim Verstehen der Ereignisse in der Ostukraine. Die Herausforderung ist immer, das Wissen zu übertragen auf neue Konstellationen. Bei medico zu arbeiten hieß schon immer, sich permanent auf die Suche zu machen nach Partnerschaften, die eine bessere Zukunft gestalten wollen und deren Kämpfe es zu unterstützen gilt.



Till Küster ist bereits seit 2005 bei medico tätig: bis 2017 in der Verwaltungsabteilung, wo er ab 2012 als Finanzkoordinator im Bereich Nothilfe tätig war, seither in der Projektabteilung. Hier hat er die Zusammenarbeit mit Partner:innen im Nahen Osten, insbesondere in Syrien und dem Libanon übernommen.

Israel/Palästina

Weil niemand Terroristen zuhört

Ohne Beweise vorzulegen, hat Israel sechs palästinensische Organisationen, darunter zwei medico-Partnerorganisationen, als „terroristisch“ eingestuft. Das soll auch Geberorganisationen unter Druck setzen. Von Riad Othman



Reiche Zitronenernte bei der medico-Partnerorganisation UAWC, die sich in der besetzten Westbank für palästinensische Land- und Wasserrechte einsetzt.

In den vergangenen Jahren wurde unseren Partnerorganisationen Union of Agricultural Work Committees (UAWC) und Al Haq, aber auch anderen palästinensischen Institutionen durch selbsternannte proisraelische Watchdog-Organisationen immer wieder die Unterstützung von Terrorismus vorgeworfen. Beweise für die schwerwiegenden Anschuldigungen wurden gleichwohl nicht vorgelegt. Im Gegenteil, frühere Untersuchungen hatten UAWC wiederholt freigesprochen. Auch Al Haq wurden nie Vergehen nachgewiesen. Trotzdem hat sich die israelische Regierung diese Behauptungen offiziell zu eigen gemacht. Im Kampf um die internationale öffentliche Meinung und nicht zuletzt die Haltung der Geldgeber wird mit unsauberen Mitteln gekämpft, wie die israelische Policy Working Group schon 2018 in einem umfassenden Bericht dargelegt hat. Falschdarstellungen, absichtliche Auslassungen sowie lückenhaft ausgeführte und tendenziös präsentierte Recherchen gehörten zum Standardrepertoire, um Rufschädigung zu bewirken. Trotzdem fungieren mittlerweile auch deutsche Medien und Organisationen als Echokammern solcher Diffamierungen. Die Grundsätze journalistischer Arbeit werden dabei regelmäßig ignoriert. Dieselben Medien, die mit ihrer Berichterstattung auf politische Entscheidungsträger:innen und die Öffentlichkeit einwirken, befassen sich nicht mit einer Prüfung der Vorwürfe, der späteren Entlastung der Angeklagten oder der Fragwürdigkeit von Quellen.

Nachdem diverse Versuche zur Delegitimierung palästinensischer Organisationen nicht die gewünschten Erfolge zeitigten, obwohl der israelische Staat mit der großzügigen Ausstattung eines gesonderten „Ministeriums für öffentliche Diplomatie und strategische Angelegenheiten“ massiv in Kampagnen im Ausland investiert hatte, griff er im vergangenen Jahr zu drastischeren Mitteln: Am 22. Oktober 2021 gab der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz seine Entscheidung bekannt, sechs palästinensische NGOs ab sofort als terroristische Gruppierungen einzustufen. Darunter sind auch die beiden erwähnten Partnerorganisationen von medico. Dem Beispiel rechtsgerichteter, der Siedlerbewegung nahestehender Organisationen folgend, rief er zudem die internationale Gemeinschaft dazu auf, jede Unterstützung der Organisationen einzustellen und Kontakt zu ihnen zu vermeiden. Das (be-)trifft die EU, Geberländer, internationale und deutsche NGOs – und auch medico.

Bei den Anschuldigungen ging es nie um mangelnde Transparenz oder einen echten Verdacht der Terrorunterstützung durch die betroffenen Organisationen. Ihre Bücher werden jährlich von unabhängigen internationalen Auditing-Agenturen geprüft, ihre Arbeit vor Ort durch internationale Partner:innen begleitet. Ein Artikel in der israelischen Zeitung Haaretz vom 1. November 2021 zitierte eine Quelle aus israelischen Sicherheitskreisen mit der Aussage, der Hauptgrund für die Einstufung der sechs Organisationen sei die Absicht, die finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit zu sabotieren. Die Entscheidung folgt damit der seit Jahrzehnten praktizierten Besatzungslogik, die organisierten Teile der palästinensischen Gesellschaft, die sich nicht kooptieren lassen und Siedlungspolitik sowie Menschenrechtsverletzungen im Weg stehen, zu kriminalisieren. In der Besatzungsgeschichte zeugen

davon insbesondere die nach 1967 erfolgte völkerrechtswidrige Deportation von Anwälten, Bürgermeistern und anderen Personen, die für die politische Organisation als wichtig galten, sowie das militärisch dekretierte Versammlungsverbot, das bis heute in Kraft ist.

Diffuse Vorwürfe lassen sich kaum widerlegen

Die „Beweise“, die von israelischer Seite gegen die sechs Organisationen vorgelegt worden sind, wurden von einigen ausländischen Regierungen als unglaubwürdig oder nicht überzeugend bezeichnet. Die niederländische Regierung hingegen stellte im Fall von UAWC trotz einer Entlastung der Organisation durch eine eigens beauftragte externe Untersuchung die Unterstützung ein. Dem steht die öffentliche Zurückweisung der Anschuldigungen durch Regierungen wie die Belgiens, Frankreichs und Dänemarks gegenüber. Sie haben erklärt, ihre Unterstützung für die angegriffenen Organisationen fortzusetzen.

Und die Bundesregierung? Sie hat sich zur Beweiskraft des ihr übergebenen Materials bislang nicht öffentlich geäußert und sich stattdessen mit der israelischen Seite darauf verständigt, das Problem in einer deutsch-israelischen Arbeitsgruppe zu lösen. Die betroffenen palästinensischen Organisationen sind da nicht gefragt. Sie alle haben in Israel bzw. bei der israelischen Militärgerichtsbarkeit Rechtsmittel gegen die Einstufung als Terrorgruppen eingelegt. Die Erfolgsaussichten sind allerdings fraglich, weil das Gericht den staatlichen Behörden durchaus zugestehen könnte, angebliche Beweise nicht einmal der rechtlichen Vertretung der betroffenen Körperschaften zugänglich machen zu müssen. Eine effektive Verteidigungsstrategie wird sich so kaum erarbeiten lassen. Denn Vorwürfe, die im Dunkeln bleiben, lassen sich kaum widerlegen. Über den Parteien an der Seite des Rechts zu stehen – so stellen Gerichte in einer funktionierenden Demokratie die Gewaltenteilung sicher. In Israel hat der Oberste Gerichtshof jüngst gezeigt, dass es auch anders geht. Er hat entschieden, dem Staat zuzubilligen, was nach internationalem Recht verboten ist: im Süden der Westbank palästinensische Gemeinden zwangsumzusiedeln.

Unterdessen stützt medico vor allem UAWC mit weiteren Mitteln, um die Arbeit für Bauern- und Hirtenfamilien in den vollständig von Israel kontrollierten C-Gebieten des Westjordanlands fortsetzen zu können. Doch einmal mehr zahlen die Palästinenser:innen den Preis dafür, dass die israelische Staatsführung politisch motivierte Anschuldigungen verbreitet und es der sogenannten internationalen Gemeinschaft an Entschlossenheit fehlt, dem entgegenzutreten.

Der Nahostkonflikt und die paradoxe Hoffnung seiner Überwindung prägt weiterhin die medico-Arbeit. 2021 wurden, auch mit Mitteln Dritter (siehe S. 45), 19 Kooperationen mit israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen unterstützt – das sind deutlich mehr als in jeder anderen Partnerregion.

Covid-19 und die Folgen

Lehren aus der Pandemie

Weltweit hat die Corona-Krise Leid verursacht. Zugleich hat sie die Not der Gesundheitsversorgung und das Elend der globalen Zusammenarbeit offengelegt. Was ist zu tun? Gesundheitspolitische Forderungen aus dem medico-Kosmos



Antonio Martins ist Gründer und Redakteur des Debattenportals und medico-Partners Outras Palavras (Andere Worte).

KOMMUNIKATIONSSTRÖME FÜR EIN NETZ GLOBALER AKTIONEN

Die Weltgesundheitsorganisation hat kürzlich eine Berechnung vorgelegt, derzufolge die Covid-Pandemie dreimal so viele Todesfälle wie die offiziellen 5,4 Millionen verursacht haben könnte. Das ist umso schockierender, weil die Wissenschaft schnell Antworten auf Covid gefunden hatte: Isolierung, Impfstoffe, inzwischen auch Medikamente. Die hohen Sterbezahlen hängen also mit Ungleichheit und unterlassenen politischen Maßnahmen zusammen. Hieraus sollten wir Lehren ziehen.

Erstens: Noch nie in der Geschichte der Wissenschaft sind wirksame Impfstoffe so schnell entwickelt worden. Das verdankt sich der starken Förderung der Forschung mit öffentlichen Mitteln. Die Impfstoffe sind aber in der Breite der Bevölkerung nicht angekommen, weil die Pharmakonzerne, die von den staatlichen Beihilfen profitiert hatten, sich die Ergebnisse privat angeeignet haben. Es ist an der Zeit, diese Logik zu ändern und das Patentsystem durch ein System zu ersetzen, das eine an dem Recht der Bevölkerung auf Gesundheit orientierte Forschung fördert: ein System, das öffentlich finanziert ist, freien Zugang zu Wissen gewährleistet und Forschungsprioritäten durch Ausschüsse festlegt, in denen die Wissenschaft, Gesundheitsbehörden und soziale Bewegungen vertreten sind.

Zweitens: Die Globalisierung hat Grenzen abgebaut und die Macht der Nationalstaaten verringert. Entstanden ist eine Machtsphäre, die von Unternehmen beherrscht wird. Aber wer kümmert sich dabei zum Beispiel um den Schutz der Gesundheit der Menschen? Wir sehen uns globalen Problemen gegenüber – Klimawandel, Finanzkrisen, Pandemien –, die Nationalstaaten alleine nicht bewältigen können. Wir müssen eine globale Demokratie schaffen, die die Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden. Das erfordert demokratische supranationale Institutionen, die gemeinsamen Ziele der Menschheit definieren. Erforderlich ist auch ein internationales Steuersystem – für Finanzströme, CO₂-Emissionen, die Gewinnung von Mineralien und fossilen Brennstoffen, Flugreisen usw. –, das die zur Erreichung dieser Ziele erforderlichen Mittel aufbringt.

Drittens: Überall auf der Welt haben soziale Bewegungen gegen die Pandemie gekämpft, mitunter aufeinander bezogen. Aber die Kommunikationsflüsse, die sie zu einer gemeinsamen Kraft hätte machen können, waren noch zu schwach. Es wäre ein großer Schritt nach vorn, wenn diese vielfältigen Erfahrungen in ein Netzwerk globaler Aktionen münden könnten: für das Recht auf Gesundheit, für öffentliche Systeme, die dieses Recht gewährleisten, und für eine globale Verteilung des Wohlstands, die dieses Recht weltweit verankert.



Lauren Paremoer ist Dozentin an der University of Cape Town und Mitglied des People's Health Movement South Africa.

DIE TRIPS-AUSNAHMEREGLUNG IN IHRER URSPRÜNGLICHEN FORM

Covid-19 hat deutlich gemacht, wie wichtig qualitativ hochwertige öffentliche Gesundheitssysteme sind, die Zugang auf Grundlage des Bedarfs gewährleisten und nicht der Zahlungsfähigkeit. Wird eine hoch ansteckende Krankheit bei unversicherten Personen nicht behandelt, ist das nicht zu rechtfertigen. Es widerspricht aber auch den Interessen derjenigen, die gut versorgt sind. Trotz gravierender finanzieller, infrastruktureller und personeller Engpässe war es in der Covid-19-Krise der öffentliche Gesundheitsbereich, der die Versorgung einigermaßen aufrechterhielt. Hierbei standen die Gesundheitsarbeiter:innen in den Gemeinden an vorderster Front. Zu besseren Arbeitsbedingungen und Gehältern hat das gleichwohl nicht geführt. Die Pandemie hat also gezeigt, dass wir wieder in die öffentlichen Gesundheitssysteme investieren und ihre Privatisierung und Kommerzialisierung rückgängig machen müssen.

Aktivist:innen müssen sich außerdem dafür einsetzen, dass die TRIPS-Ausnahmeregelung, die eine Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte an Covid-19-Diagnostika, -Therapeutika und -Impfstoffen vorsieht, in ihrer ursprünglichen Form umgesetzt wird. Noch immer sind Impfstoffe in Afrika kaum verfügbar. Ein Technologietransfer und eine vorübergehende Aussetzung aller Rechte des geistigen Eigentums an Covid-19-Technologien sind nach wie vor entscheidend für den Aufbau langfristiger Kapazitäten und regionaler Herstellung von Covid-19-Impfstoffen. Ohne diese Maßnahmen bleibt der Globale Süden auf Spenden oder gescheiterte Mechanismen wie COVAX angewiesen. Die Ausnahmeregelung muss unbedingt auch patentierte Covid-19-Tests und -Behandlungen einschließen. Nur so lassen sich Übertragungen wirksam begrenzen, epidemische Lagen einschätzen, neue Varianten erkennen und eine bessere Covid-19-Prävention gewährleisten.

Schließlich müssen wir uns für mehr Transparenz bei den Forschungs- und Entwicklungskosten und öffentlichen Subventionen für private Pharmaunternehmen einsetzen. Geistiges Eigentum, das durch öffentliche Gelder entsteht, gehört allen und die durch sie ermöglichten Produkte sind Gemeingüter. Dies Forderung steht in vollem Einklang mit dem Menschenrecht auf Nutzung des wissenschaftlichen Fortschritts, wie es 169 Länder im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem UN-Sozialpakt, vereinbart haben.



Dr. Rene Loewenson ist Direktorin der Organisation Training and Research Support Centre (TARSC) in Simbabwe und Koordinatorin von EQUINET, einem von medico unterstützten Netzwerk im östlichen und südlichen Afrika.

ANERKENNEN, DASS UNSERE ZUKÜNFT VONEINANDER ABHÄNGEN

Über die Pandemie zu sprechen, bedeutet über gravierende Ungleichheiten zu sprechen, die sich in ihr gezeigt, erweitert und vertieft haben. Bessergestellte waren auch in der Pandemie besser geschützt. Wer aber in prekären Verhältnissen lebt und arbeitet, ist noch ärmer und verletzlicher geworden. Der ungleiche Zugang zu Impfstoffen hat dabei zu Recht große Aufmerksamkeit erregt. Doch die Ungleichheiten sind weitreichender, sie betreffen auch den Zugang zu sauberem Wasser, zu Nahrung, zu Einkommen, zu Bildungs- und Gesundheitssysteme und vielen Formen sozialer Sicherung. In all diesen Bereichen sind umfassende Investitionen nötig, will man Pandemien künftig verhindern oder sich besser auf sie vorbereiten.

Wir müssen auch über jene Ökonomien und Ökologien sprechen, die Pandemien wahrscheinlicher machen. So sorgen der Ausbau von Monokulturen in der Landwirtschaft und die extraktiven Industrien dafür, dass immer mehr Communities dort leben müssen, wo auch Wildtiere zu Hause sind. Auch die Massentierhaltung ist dem Überspringen von Viren auf den Menschen zuträglich. Um Pandemien zu verhindern, aber auch um Ungleichheiten und die existenziellen Krise des Klimawandels abzumildern, müssen wir soziale, wirtschaftliche und ökologische Belange dringend in ein neues Gleichgewicht bringen. Business as usual ist keine Option. Die aktuelle Pandemie hat gezeigt, wie gefährlich es ist, lokales und soziales Wissen zu ignorieren und die biologische Vielfalt zu zerstören.

Wohlhabende Staaten und Gesellschaften müssen erkennen, dass unsere Zukünfte voneinander abhängig sind. Es wird uns nicht gelingen, einen kleinen Teil der Welt zu sichern und andere Teile wachsender Unsicherheit zu überlassen. Das östliche und südliche Afrika mit seinem Reichtum an Ressourcen und seiner biologischen Vielfalt

muss diese Ressourcen für das Wohlergehen seiner eigenen Bevölkerung nutzen. Nicht nur in Bezug auf Impfstoffe brauchen wir eine lokale Produktion. Wir müssen weg von Entwicklungsmodellen, die auf einer starken Ausbeutung der Ressourcen für die Gewinnung und den Export beruhen, und hin zu Modellen, die eine nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen ermöglichen. Die Pandemie war ein Weckruf. Wenn wir ohne größere Veränderungen einfach so weitermachen, werden wir es mit eskalierender Ungleichheit, Pandemien, Konflikten und ökologischen Bedrohungen zu tun haben, die am Ende für uns alle existenziell sein werden.



Anne Jung leitet die Öffentlichkeitsarbeit bei medico international und ist dort auch seit vielen Jahren für den Bereich Globale Gesundheit zuständig.

CORONA IST DAS VIRUS, DIE WELTVERHÄLTNISSE SIND DIE KRANKHEIT

Seine Wucht entfalten konnte das Virus nur, weil es auf globale Machtverhältnisse getroffen ist, die aus einer Pandemie eine Polypandemie machten. So hat es wirtschaftliche Insolvenzen ausgelöst, in Verbindung mit der Klimakatastrophe die Ernährungsunsicherheit vergrößert und bestehende Hungersnöte verschärft. Seit die Impfstoffe entwickelt sind, machen die Dominanzmächte dem Rest der Welt klar, dass sie bereit sind, die kapitalistische Logik der Globalisierung um jeden Preis zu verteidigen. Sie nehmen die Verlängerung der Pandemie mit Millionen Toten billigend in Kauf, anstatt endlich der international erhobenen Forderung nach Wissenstransfer und Aussetzung der Patente zu folgen und eine gerechte Verteilung von Impfstoffen zu ermöglichen. Mit den Millionen Impfdosen, die in den Industrienationen auf dem Müll landen, weil das Haltbarkeitsdatum erreicht ist, entsorgen die reichen Länder das Recht auf Gesundheit – und ihre Glaubwürdigkeit gleich mit.

Die Botschaft der Industrienationen an die Menschen im Globalen Süden lautet: Eure Leben zählen nicht. Sie verfestigen einen Weltzustand, der das politische Projekt eines guten Lebens für alle aufgegeben hat und auf die Absicherung von Reichtum und Privilegien setzt. Dieses Prinzip infrage zu stellen heißt, die Systemfrage aufzuwerfen. Eine Politik, die Menschenrechte, Würde und Freiheit miteinander verbindet, hat weder in der herrschenden Politik noch auf dem Markt verlässliche Verbündete. Sie muss sich selbst helfen, um dorthin zurückzukehren, wohin sie gehört: zu den Menschen.

Indem die Covid-19-Pandemie die ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen auf tödliche Weise offengelegt hat, hat sie die Notwendigkeit einer Dekolonialisierung der globalen Gesundheitsarchitektur unterstrichen. Das reicht weit über die Impfstoffdebatte hinaus. Es geht um den asymmetrischen Charakter des globalen Gesundheitswesens und macht eine Neuausrichtung der Wissensproduktion erforderlich. Eine global gedachte Gesundheitspolitik kann nur funktionieren, wenn sie nach menschenrechtlichen Prinzipien ausgerichtet ist und Patente als globale Allmende versteht. Das gilt auch für neue Instrumente der Prävention wie den Pandemic Treaty, über den momentan bei der WHO verhandelt wird. Dieser ist die Mühe wert, wenn er klare Kriterien für die Ausgestaltung des internationalen Rechts enthält. Es werden strengere Gesetze und Vorschriften benötigt, damit Staaten und Konzerne ihren jeweiligen menschenrechtlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten gerecht werden können.



Affekte am Werk

Die medico-Ringvorlesung „Turbulente Psyche[n]“ hat die Folgen der Corona-Krise erkundet.

Was hat euch dazu gebracht, die Pandemie hinsichtlich ihrer affektiven Wirkungen auf Individuen und Gesellschaften zu beleuchten?

Julia Manek: Das Virus hat in der Breite der Gesellschaft große Angst erzeugt. Sehr schnell sind aber auch Angstabwehr, Leugnung und Verschwörungsmythen aufge-taucht. In Deutschland haben sie die Straße erobert, etwa in Brasilien sogar die Regierungspolitik bestimmt. Offenkundig waren Affekte am Werk, die Ventile gesucht haben. Gleichzeitig hat die Pandemie auch Dinge ausgelöst, die niemand für möglich gehalten hatte. „Und plötzlich stand der Kapitalismus still“, so sagte es Rita Segato. Und es gab auch vielfältige solidarische Erfahrungen wie kollektive Trauer und gegenseitige Fürsorge. Diese paradoxen Gleichzeitigkeiten wollten wir verstehen.

Die meisten der Redner:innen, darunter viele bekannte Namen, kamen aus antirassistischen und feministischen Spektren. Wie kam das?

J.M.: Vor und auch während der Pandemie waren sowohl die Black-Lives-Matter-Bewegungen als auch die weltweiten feministischen Aufbrüche sehr präsent und wirkmächtig. In diesen Kämpfen werden auch viele Entwicklungen in der Corona-Krise thematisiert. So nahm weltweit patriarchale Gewalt zu, verfestigten sich patriarchale und rassistische Ökonomien und wurde hierarchisiert, welches Leben wie schützenswert ist. Auch die genannten Erfahrungen in der Pandemie – von kollektiver Trauer und Wut über Sorgearbeit bis zur Schaffung von sicheren Räumen – schließen an Positionierungen an, die in antirassistischen und feministischen Bewegungen zentral sind.

Habt ihr bei den Vorlesungen denn den Eindruck gewonnen, dass die Pandemie global wirklich eine gemeinsame Erfahrung ist?

Usche Merk: Tatsächlich gab es vielerorts ähnliche Entwicklungen. Das Ausmaß und die konkreten Folgen unterscheiden sich aber sehr. Während hierzulande über Tests, FFP2-Masken und Impfungen gestritten wurde, sind diese Produkte andernorts für die Breite der Bevölkerung bis heute nicht verfügbar. Und wenn Mpumi Zondi aus Südafrika berichtete, dass der Lockdown für Menschen in den Townships bedeutete zu hungern und durch Militär kontrolliert zu werden, hat das wenig mit den Lockdown-Erfahrungen der dortigen und hiesigen Mittel- und Oberschicht zu tun. Auch die ökonomischen und politischen Folgen der Pandemie und ihrer Bekämpfung unterscheiden sich. Anders gesagt: Das Leid, das die Pandemie verursacht hat, ist nicht überall das gleiche Leid.

Gleichwohl hat die Pandemie im ansonsten so abgesicherten Europa ein Gefühl des Bedrohtseins erzeugt, wie man es hier kaum kannte. Verändert das etwas?

U.M.: Ja, es gibt darin durchaus den Moment von „Welcome to the world“. Ich würde sagen, dass es zu einer neuen Form des Austauschs beiträgt. Trotz aller Unterschiede hat die Pandemie als globales Phänomen einen Gesprächsanlass geschaffen, der Grenzen überwindet. Das haben wir auch bei den Anfragen zu der Ringvorlesung gemerkt: Alle fanden die Idee unmittelbar einleuchtend.

Die geplante Reihenfolge der Vorlesungen geriet durcheinander, wegen technischer Probleme und auch wegen Corona selbst. Ist das Teil der globalen Erfahrung?

U.M.: Unbedingt. In einer krisenhaften Welt ist auch das Miteinandersprechen nicht jederzeit leicht. Aber wir müssen es immer wieder versuchen. Auch die Redner:innen sind alle dageblieben. Es gibt ein großes Interesse an einem transnationalen Austausch und daran, diese Räume zu erproben.

J.M.: In den Vorlesungen wurde das auch immer wieder als Antwort auf die Spaltungen der Welt, die pandemischen und andere, formuliert. Verónica Gago sprach von einer „Reziprozität, noch jenseits der Solidarität“. Es geht darum, sich bei allen Unterschieden in Beziehung zu setzen und solidarische Beziehungsweisen zu entwickeln. Das muss nicht immer harmonisch sein. Es braucht auch Wut und Mut für Hoffnung und Solidarität.



Usche Merk und Julia Manek bilden bei medico das Tandem für Psychosoziale Arbeit und haben die Reihe „Turbulente Psyche(n)“ organisiert.

Frauenrechte im Irak

Die nächste Generation



Sie kämpfen um ihren Platz in der Gesellschaft: Mädchen bei einem Selbstverteidigungskurs im irakischen Batnaya.

Vielerorts haben feministische Bewegungen Straßen und Diskurse besetzt. Themen und Formen unterscheiden sich gleichwohl. Ein Interview mit der Aktivistin Nadia Mahmood über die Herausforderungen im Kampf um die Rechte von Frauen im Irak, die Arbeit vom Aman und deren von Frauen wie Männern stark nachgefragten „Feminist Schools“.

Du hast einmal gesagt, in den Massenaufständen im Irak im Oktober 2019 habe sich eine neue feministische Bewegung konstituiert. Wie meinst du das?

Schon im sogenannten Arabischen Frühling spielten in vielen Ländern Frauen eine bedeutsame Rolle. Das hat sich 2019 wiederholt, zuerst im Libanon und davon inspiriert im Herbst im Irak. Frauen haben die Proteste organisiert und zentrale Plätze besetzt. Besonders junge Frauen standen in den vordersten Reihen der Bereitschaftspolizei gegenüber und schützten die Protestierenden auf dem Tahrir-Platz. Studentinnen widersetzten sich den Anordnungen ihrer Universitätsverwaltungen, Ärztinnen und Krankenschwestern pflegten die Verletz-

ten. Frauen sprayten Graffiti, organisierten Lesungen und informierten die Welt mittels der (sozialen) Medien. Und sie verteidigten ihr Recht, gleichberechtigt mit den Männern zu kämpfen. All das war ein Bruch mit sozialen und politischen Tabus und hat dazu beigetragen, dass viele eine Vision für sich selbst und für eine Gesellschaft, in der sie leben wollen, entwickelt haben.

Im September 2021 habt ihr die „Aman Organization for Women“ in die „Aman Women Alliance“ umbenannt. Warum?

Viele Nichtregierungsorganisationen im Irak versuchen, Frauen zu unterstützen, indem sie über „die Stärkung durch Ausbildung“ oder ihre Beteiligung an der Friedensbildung sprechen. All das geschieht in Form von Projekten und ist oft stark neoliberal gefärbt. Wir haben den Namen geändert, um deutlich zu machen, dass wir einen ganz anderen Ansatz verfolgen. Wir leisten keine humanitäre Hilfe und organisieren auch keine Wohltätigkeit. Wir verstehen uns als Bewegung und wir arbeiten unabhängig von der Regierung und internati-

onalen Akteuren. Wir wollen zur Bewusstseinsbildung beitragen und über die Ursachen der Unterdrückung von Frauen aufklären. Und wir wollen den Widerstand der Frauen stärken, sei es zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Schule, an der Universität und anderen öffentlichen oder privaten Räumen. All das ist nötig, denn trotz manch positiver Entwicklungen leiden Irakerinnen weiterhin unter Gewaltverhältnissen. Viele können nicht einmal allein entscheiden, ob sie einkaufen gehen, einen Arzt aufsuchen oder mit wem sie sich treffen. Nur 15 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind Frauen. Und das liegt nicht an mangelnder Bildung oder fehlenden akademischen Abschlüssen, es gibt unzählige arbeitslose Irakerinnen mit Doktor- oder Mastertiteln. Irakerinnen haben also ein Problem mit klassen- und männerdominierten Strukturen. Aman bedeutet „Sicherheit“ und damit meinen wir soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit. Das schließt die physische Sicherheit ein. Tatsächlich werden viele Aktivistinnen massiv bedroht, einige wurden umgebracht. Bei Aman gibt es Juristinnen, die reaktionäre Gesetze anfechten und sich an der Strafverfolgung von Gewalt an Frauen beteiligen.

Eine zentrale Idee von Aman ist, Erfahrungen an jüngere und neu politisierte Frauen im Irak weiterzugeben. Sind die mehrmonatigen „Feminist Schools“, die Aman 2021 organisiert hat, ein Weg dazu?

Ja, allerdings funktionieren sie generations- und länderübergreifend. In den Kursen kommen Frauen verschiedener Generationen zusammen und es waren Teilnehmende aus dem Libanon, Ägypten, Syrien und Nordafrika dabei. Frauen wollen mehr über Gendergerechtigkeit, Kämpfe der Frauenrechtsbewegung und feministischen Aktivismus in aller Welt erfahren. Die Resonanz ist so groß, dass wir weitere Feminist Schools organisieren. Das Ganze wirkt auch nach. Zum Beispiel haben Frauen danach Film- oder Leseclubs gegründet, viele Gruppen sind weiterhin gemeinsam aktiv. Bei all dem erleben wir junge Männer als Mitstreiter. Sie haben gesehen, was Frauen während des Aufstands geleistet hatten, und sich von ihrem Mut anstecken lassen. Schon 2021 gab es eine Feminist School nur für Männer. Seit diesem Jahr finden die Kurse gemischtgeschlechtlich statt.

Wie gut gelingt der Austausch zwischen den Generationen?

Wir lernen voneinander. Ich finde es zum Beispiel sehr interessant, dass die jüngeren Frauen einen anderen Diskurs führen: Sie sprechen nicht mehr allgemein über

„die Rolle der Frau in der Gesellschaft“. Sie sprechen von diskriminierten Frauen, von verletzten Frauen, von Frauen mit Interessen, Rechten und Forderungen und meinen damit auch immer sich selbst. Sie verstehen sich als Subjekte – von Unterdrückung und des Widerstandes. Das soll nicht heißen, dass sich die neue Generation nicht in die gesellschaftlichen Belange einmischte, im Gegenteil, viele sind politisch sehr aktiv. Es mag sein, dass es manchmal an Organisation und klaren Forderungen mangelt. Aber es ist ein Prozess, in dem wir Erfahrungen machen. Revolutionen brauchen Zeit. Und der Oktober- oder Tashrin-Aufstand von 2019 hat diese Generation geprägt: Sie möchte am liebsten das ganze Regime stürzen.

Wie wichtig ist die Vernetzung mit Frauen und feministischen Bewegungen in anderen Ländern?

Sehr wichtig. Es gibt Leute, die unsere Forderungen als „westlich“ zurückweisen. Wir würden für Rechte eintreten, die für Frauen im Irak nicht gelten. Das ist absolut falsch. Wir sitzen mit den Frauen in anderen Teilen der Welt im selben Boot. Es mag Unterschiede geben, aber zum Beispiel zeigt der weltweite Anstieg von Gewalt gegen Frauen während der Corona-Pandemie, dass wir Frauen in der gleichen Realität leben. Kämpfe für das Recht auf Abtreibung der Frauen in Lateinamerika finden hier im Irak Wiederhall. Es geht darum, Erfahrungen auszutauschen und sich zu inspirieren, weltweit und regional. Bei den Aufständen 2019 waren wir eng vernetzt mit Frauen im Libanon und Sudan, in Tunesien und Marokko. Bei den Feminist Schools kommen die Teilnehmenden aus der gesamten Region. Wie gut wir vernetzt sind, hat sich auch im August 2021 gezeigt: Als die Taliban in Kabul wieder an die Macht kamen, haben sich sofort Aktivistinnen aus der ganzen Region zusammengeschlossen und gemeinsam Kampagnen für die Frauen in Afghanistan organisiert.

Interview: Anita Starosta und Christian Sälzer

medico hat 2021 in mehreren Regionen den Kampf für die Rechte von Frauen unterstützt – sei es in Sierra Leone, Nordsyrien oder im Irak. In Lateinamerika waren in einer grenzüberschreitenden Kooperation zur Stärkung feministischer Bewegungen von unten Partner:innen aus über zehn Ländern beteiligt.

Foto: RLS



Nadia Mahmood ist Feministin und ist seit ihrer Jugend im Irak politisch aktiv. Sie ist Mitbegründerin von Frauenrechtsorganisationen in Großbritannien und dem Irak, darunter die medico-Partnerorganisation „Aman Women Alliance“. Sie war auch Rednerin auf der medico-Ringvorlesung „Turbulente Psyche(n)“ (> S. 23). Zurzeit lebt sie Bagdad.

[Re-]Konstruktion der Welt

Ein Ding der Unmöglichkeit

Auf der medico-Konferenz erkundeten Denker:innen aus aller Welt Auswege aus den katastrophischen Weltverhältnissen. Die Resonanz war groß, die Erfahrung einer globalen Öffentlichkeit wegweisend. Von Katja Maurer



Achille Mbembe

Als die Welt sich auf die Covid-Pandemie eingestellt hatte, war die Verlagerung transnationaler Begegnungen ins Internet zur Gewohnheit geworden. Zweistündige Diskussionen, die etwa die Covid-Pandemie untersuchten, glänzten mit der Teilnahme wichtiger Intellektueller, die man unter anderen Umständen nie so leicht zusammengebracht hätte. In dieser globalen Online-Welt eine Debatte zu organisieren, die darauf setzte, Menschen drei Tage lang am Bildschirm zu halten, war hingegen ein Experiment mit offenem Ausgang. Doch es gelang. Die Konferenz „[Re-]Konstruktion der Welt“, die vom 12. bis 14. Februar 2021 stattfand, war von medico gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights), dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und dem International Institute for Political Murder organisiert worden. Mit zeitweise 8.000 zugeschalteten Menschen aus aller Welt übertraf die Resonanz die Erwartungen weit.

Ausgehend von paradigmatischen Situationen am Rande der Welt, die in all ihrem Stillstand die Unmöglichkeit der Weltänderung und der Rettung der Ausgeschlossenen aufzeigen, versuchte der globale Austausch von Anfang an, den Maßstab zu setzen, an dem jede Rekonstruktion zu messen ist. Die Beispiele waren Haiti und das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Misst man den Stand der Rekonstruktion an diesen beiden Ausgangslagen, ist wenig Hoffnung in Sicht. Auch wenn Moria nun umgewandelt wurde, zeugt dies nur von der weiteren Befestigung des Lagersystems für Geflüchtete. Das Im-Stich-Lassen der haitianischen Bevölkerung, der man so große Versprechungen der wiederaufbauenden Hilfe gemacht hatte, hat sich seit der Konferenz in eine Apokalypse ungeahnten Ausmaßes verwandelt, der die Welt mit Ignoranz und einem mehrere hundert Kilometer langen Zaun entlang der Grenze zur Dominikanischen Republik begegnet. Wer von Befreiung redet, muss die Geflüchteten und Haiti als Symbol der Universalität von Freiheitsrechten mitsprechen. Das war ein Ertrag der Konferenz.

Vom dummen Unglauben an den Tod

Sie beschäftigte sich zudem mit der Beschreibung des aktuellen postkolonialen Kapitalismus, der mit der Globalisierung eine Hoffnung nicht nur auf wachsenden Konsum, sondern wie der nigerianische Journalist Moussa Tchangari sagte, auch auf Bewegungs- und Reisefreiheit geweckt habe: „Zwar zirkulieren Waren und Dienstleistungen ohne größere Hindernisse, aber die Menschen ohne besondere Fähigkeiten bleiben eingesperrt.“ Sie bedrohten die herrschende Ordnung, so Tchangari. Die argentinische Anthropologin und Feministin Rita Segato, die mit ihrer „Pädagogik der Grausamkeit“ eine feministische Kritik des patriarchalen und zu dekolonisierenden Kapitalismus formuliert hat, nahm die Covid-Pandemie zum Ausgangspunkt, den „dummen Unglauben an den Tod“ als Mentalität unserer Zeit zu beschreiben. Das westliche Subjekt habe den Körper abgeschafft und durch ein virtuelles „omnipotentes, hypertrophes Ego“ ersetzt. Diese Subjektbeschreibung lohnt sich in die neue Zeit



Rita Segato

weiterzudenken, da auch im Herzen Europas kriegerische Gewalt und Tod herrschen, die die schon verlöschende Erinnerung an zwei Weltkriege, deren wichtigster Schauplatz Europa war, wieder zum Vorschein gebracht hat. Vielleicht eine Idee, den aktuellen Umschlag von Friedensliebe in Kriegsbereitschaft besser zu verstehen.

Wer die Zustandsbeschreibung des gegenwärtigen Kapitalismus zum Ausgangspunkt nimmt, stößt bei der Beschreibung der Rekonstruktion der Welt, an deren Notwendigkeit allein der Klimawandel keinen Zweifel lässt, an die Grenzen der Wirklichkeit. Der kamerunische Philosoph Achille Mbembe, einer der wichtigsten postkolonialen Theoretiker:innen der Gegenwart, beschrieb eine „Ethik des Planetarischen“, zu der die liberale Ordnung nicht in der Lage sei. Auch das bewahrheitet sich gerade auf ungeahnte Weise in der Rückkehr des Eurozentrismus, der im Angesicht eigener Leiderfahrungen von stupender Weltvergessenheit geprägt ist. Wer sich als das zu verteidigende Gute imaginiert, sollte Mbembes fast prophetische Gegenüberstellung auf der (Re-)Konstruktions-Konferenz zur Kenntnis nehmen. Die Landkarte der Entwicklung werde neu gezeichnet, so Mbembe. Darin stünden sich zwei Möglichkeiten gegenüber: „Eine Welt des Dauernotstands, die im technokratischen Management verwaltet wird, oder eine strukturelle Transformation der Gesellschaft und der Menschheit als Ganzes“. Was Mbembe mit seiner Formulierung von der Notwendigkeit eines planetarischen Bewusstseins andeutete, formulierte die 80-jährige US-amerikanische Philosophin Susan Buck-Morss in unübertroffener Direktheit. Es brauche eine „totale Revolution“, da kein Problem im Rahmen eines Nationalstaates gelöst werden könne.

Revolution der Menschenrechte

Ein eigenes Konferenz-Podium widmete sich der Idee einer Menschenrechtsrevolution und berief sich dabei auf §28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dieser Paragraf fordert eine „internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können“ ein. Den Begriff der Menschenrechtsrevolution in die internationale Debatte einzuführen, war Anliegen und Ergebnis der Konferenz. Was damit gemeint ist, zeichnete etwa der chilenische Umweltaktivist Rodrigo Mundaca nach, der mittlerweile zum Gouverneur der Region Valparaíso gewählt wurde. Er zog eine Linie von den Kämpfen der Unidad Popular, die durch den Militärputsch 1973 beseitigt wurde, bis zu den jüngsten Aufständen in Chile, die nun tatsächlich in der Erarbeitung einer menschenrechtsbasierten Verfassung mündeten.

Eine Berufung auf die Notwendigkeit der Revolution ist angesichts der Geschichte der Revolutionen, ihrer Abbrüche und Verkehrungen ins Gegenteil dessen, was sie begehrten, ein Paradox. Die Idee der Menschenrechtsrevolution versucht dies aufzugreifen. Denn der Begriff des Menschenrechts ist mit dem Umstand unauflöslich verbunden, dass die fortzuschreibende Liste der pluralen Menschenrechte ihre Bewährung in dem ihnen allen eingeschriebenen singularen Menschenrecht eines jeden und einer jeden auf die freie Selbstbestimmung der eigenen Existenz findet. Dies im Globalen weiter zu debattieren wird die Aufgabe künftiger Konferenzen sein.



Eine ausführliche Dokumentation der Konferenz findet sich unter www.medico.de/reconstruction – oder im Youtube-Kanal von medico international. Dort sind auch Aufzeichnungen von vielen weiteren Veranstaltungen aus 2021 abrufbar.

Aktionen & Kampagnen



Motiv unserer Kampagne „Impfsoli“.

Privileg Impfstoff

Trotz allen Drucks von unten: Die Patente sind in Kraft geblieben

Ökonomisch lebt der Kolonialismus auch darin fort, dass die Produktion von globalen Gütern und damit die Wertschöpfung im Norden konzentriert ist, während der Globale Süden diese Waren einkauft – sofern es der Markt und die finanziellen Mittel hergeben. Diese Verhältnisse bleiben, das hat die Pandemie gezeigt, auch in einem „Weltnotfall“ in Kraft. Als die in den USA und Europa entwickelten Corona-Impfstoffe auf dem Markt, aber noch knapp waren, nutzten Länder wie Deutschland ihre Macht, um Bestände für den Eigenbedarf zu sichern. Global blieben die Stoffe rar und teuer, weil das herrschende Patentsystem Menge und Orte der Produktion begrenzte. Während sich Europa Ende 2021 also schon mit Hochdruck boosterte, warteten weite Teile der Welt noch auf Impfstoffe für Erstimpfungen. Die Folgen waren und sind bis heute tödlich, zumal das Patentsystem auch den Zugang zu Medikamenten, Diagnostika und Medizintechnik hierarchisiert. Seit Beginn der Pandemie setzt sich medico für globale Impf- und Gesundheitsgerechtigkeit ein. Ausdruck hiervon waren 2021 die Kampagnen „Impfsoli – There should be no nation in vaccination“ und „Make them SIGN – Jetzt Patentfreigabe durchsetzen!“, Protestaktionen zur Unterstützung der Forderung nach einer Aussetzung der Patente und eine stetige kritische Auseinandersetzung damit, wie diese Forderungen nicht zuletzt von der Bundesregierung abgewehrt werden. Trotz des Drucks und wider jede Vernunft: Die zentralen Forderungen sind bis heute nicht umgesetzt. Die Pandemie hat die globalen Risse nicht nur offengelegt. Sie hat sie vertieft.



Zeichnung einer afghanischen Frau und ihrer Kinder, deren Fall in der Kampagne „Rückkehr-Watch“ vorgestellt wird.

Keine echte Wahl

Webdokumentation zur Politik der „freiwilligen Rückkehr“

Schon vor der Machtübernahme der Taliban im August 2021 endeten Geschichten von Abgeschobenen und anderen Rückkehrer:innen in Afghanistan meist in Elend und Perspektivlosigkeit. Dennoch hat der deutsche Innenminister noch bis kurz vor dem Fall von Kabul an Abschiebungen dorthin festgehalten und wurde ungeachtet des Kriegsgeschehens für eine „freiwillige“ Rückkehr geworben. Freiwillig zurück? Ein einjähriges Recherche-Projekt von medico ist der Frage nachgegangen, wie Menschen dazu kommen bzw. gebracht werden, ihrer Rückkehr ins Herkunftsland zuzustimmen, und wie es dort um die in Aussicht gestellte „Reintegration in Sicherheit und Würde“ bestellt ist. Im Spätsommer 2021 wurde die dreisprachige Webdokumentation Rückkehr-Watch veröffentlicht. Neben Porträts von Betroffenen und Länderberichten aus Afghanistan, Marokko, Tunesien, Ägypten, Mali, Irak und Syrien versammelt sie journalistische Hintergrundartikel, politische Positionen und Kurzfilme. Expert:innen erörtern den Rückkehrförderungstrend und erklären, wie die Programme aufgebaut sind und in den zentralen Ländern umgesetzt werden. Die Recherchen zeigen, dass sie mit finanziellen Anreizen und falschen Versprechen arbeiten, den Menschen de facto aber weder langfristige Perspektiven noch persönliche Sicherheit bieten. Im Mittelpunkt steht vielmehr das innenpolitisch motivierte Ziel hoher Ausreisezahlen – mit fatalen Folgen. In der Webdokumentation werden auch Geschichten von Menschen erzählt, die nach Afghanistan zurückgekehrt sind. Einen hat die Rückkehr das Leben gekostet, alle anderen Porträtierten bereuen sie. Was ihnen bleibt, ist ein Leben in Angst unter der Schreckensherrschaft der Taliban, die für Menschen, die im Westen gelebt haben, besonders bedrohlich ist.

www.freiwillige-rueckkehr.de



medico zum Hören

Im Herbst ist der Podcast Global Trouble gestartet

Trouble heißt Not, Unruhe, Störung, auch Anstrengung und Sorge, sogar Knall. Global Trouble heißt denn auch der Podcast von medico, dessen erste Folge im Oktober 2021 erschienen ist. Auf Spotify, iTunes und überall, wo es Podcasts gibt, heißt es seither: „Wir wollen reden. Über globale Ungerechtigkeit und imperiale Lebensweisen; globale Gesundheit und krank machende Verhältnisse; globale Migration und nationale Abschottungen; über weltweite Krisen, transnationale Bewegungen und länderübergreifende Solidarität. Ein Podcast mit den Perspektiven von Menschen aus dem Netzwerk von medico international und darüber hinaus. Wir müssen reden. Global Trouble.“ Mit einem Podcast hat medico ein Format aufgesetzt, das vor allem bei jungen Leuten immer wichtiger wird, auch als Medium der politischen Information. Global Trouble macht medico-Perspektiven hörbar. Im Zentrum stehen stets Gespräche zu einem aktuellen Thema aus dem medico-Kosmos. In Reaktion auf die dramatischen Ereignisse in Kabul erkundete zum Beispiel die Pilotfolge, was in Afghanistan auf so schreckliche Weise schiefgelaufen ist. Auch die nächsten Folgen setzten sich mit medicos Arbeit im aktuellen globalen Handgemenge auseinander – sei es „Push Back Europa“ anlässlich der Migrationsabwehr an der polnisch-belarussischen Grenze im November, sei es „Boosterkapitalismus“ anlässlich des Versagens, eine solidarische globale Antwort auf die Pandemie zu finden.

www.medico.de/podcast

Libanon

Archive und Zukunft

Über viele Jahre haben sich Lokman Slim und Monika Borgmann mit dem Dokumentationszentrum UMAM zusammen für die Aufarbeitung der Bürgerkriegsgeschichte eingesetzt. Im Februar 2021 ist er ermordet worden. Sie führt die gemeinsame Arbeit weiter.



Foto: Privat

„Es gibt keine Alternative dazu, weiterzumachen – ohne Lokman, aber für Lokman.“ So Monika Borgmann in der Folge „Libanon: Politik und Verbrechen“ des medico-Podcasts.

Glaukt man der Kulturindustrie, dann sind Archive ein Abstellgleis, eine Endstation, ein Symbol der Niederlage. Aus Filmen kennen wir sie zumeist als einen Ort, an den unliebsames Personal abgeschoben wird, für das die Gegenwart keine Verwendung mehr findet. Im Archiv geht es um Vergangenes, das für die Gegenwart bedeutungslos erscheint. Monika Borgmann beweist seit Jahrzehnten, dass das Gegenteil der Fall ist. Der Kampf um einen anderen Libanon beginnt für sie im Archiv. Denn die Wahrheit der Archive ist die Bedingung einer besseren Zukunft.

Beirut kennt die aus Aachen stammende Journalistin und Filmemacherin seit den letzten Jahren des Bürgerkriegs. Das erste Mal: An Silvester 1986 kreist das Flugzeug vor der Landung einige Male über der zerstörten Stadt. „Was mache ich hier eigentlich?“, fragt sie sich. Doch bis heute hält sie der Stadt eine eigenwillige Treue. Als freie Radiomacherin kehrte sie in den 1990er-Jahren immer wieder für journalistische Arbeiten und Radiofeatures zurück, ehe sie im Jahr 2001 mit einem Filmprojekt über das Massaker von Sabra und Schatila endgültig nach Beirut zog. Es dauerte nicht lange, da stieß sie bei den Vorarbeiten auf den Namen Lokman Slim. Sie müssten sich unbedingt treffen, habe man ihr gesagt. Sie trafen sich, realisierten den Film zusammen, heirateten und gründeten das Dokumentations- und Recherchezentrum UMAM.

Zum ersten Mal begegnete ich Monika und ihrem Ehemann Lokman Slim im September 2019. Wir trafen uns in einem Restaurant in Hamra, einem der Zentren Beiruts. Man hatte sie mir als die Betreiber des „einzigen Archivs über die Geschichte des Libanons“ angekündigt. Sie sprachen rauchend und trinkend eine halbe Nacht über die politische Stagnation im Land und darüber, warum und wie der nicht aufgearbeitete Bürgerkrieg eine der wesentlichen Ursachen für die blockierte Zukunft darstellt. Warum ihr Archiv nicht nur bedeutsam für die Gegenwart, sondern ihre Arbeit auch gefährlich und gefährdet ist. Dass es nur eine Frage der Zeit sei, dass der Libanon implodiere oder explodiere. Sie sollten recht behalten.

Nicht einmal drei Jahre nach unserer ersten Begegnung sitzen Monika und ich gemeinsam in Berlin-Kreuzberg in einem Cafe. Monika überlegt derzeit, sich in Berlin ein zweites Standbein aufzubauen. Wir haben uns häufig gesehen seit jener Nacht in Hamra, jedes Mal unter neuen Vorzeichen. Zuerst nach den Aufständen im Oktober 2019. Dann nach der Explosion im Hafen Beiruts. Dann wieder nach der Ermordung von Lokman Slim, ihres Ehemanns und Partners im Februar 2021. Es ist eine schreckliche Ironie, dass Monika immer einfach weitermachen kann mit ihrem Lebenswerk: der Dokumentation des Verbrechens im Libanon. Nun gehört auch der Mord an Lokman in die lange Reihe des Nicht-Aufgearbeiteten. Die Archive haben noch nicht gewonnen.

Mario Neumann

Seit vielen Jahren unterstützt medico die Arbeit von UMAM, zuletzt auch des zugehörigen regionalen Netzwerks MENA Prison Forum. Insgesamt hat medico 2021 hierfür 62.180,82 Euro aufgewendet.

Chile

Denkerin der Straße

Die chilenische Gesellschaft hat sich aufgemacht, den Neoliberalismus zu überwinden. Die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen ist auch die Geschichte von Pierina Ferretti, Aktivistin und Soziologin.



Pierina Ferretti kann erzählen, wie aus kleinen Rebellionen große wurden.

Glaukt man den vielen unterschiedlichen Antworten, die wir bei der Vorbereitung unserer Dienstreise erhalten, dann führen zwar viele Wege nach Chile, aber alle zu Pierina Ferretti: Es ist eigentlich egal, wo oder wen man fragt, immer kommt irgendwann der Satz, man müsse und sollte unbedingt Pierina treffen. Aber natürlich kennt man sie schon! Am Tag der Ankunft wird sie uns im Hostel abholen und danach zu unzähligen Treffen begleiten, die sie arrangiert und ermöglicht hat.

Erstaunlich an Pierinas Bekanntheit hier wie dort ist, dass sie sich nicht aus medialer Popularität speist. Pierina gehört nicht zu jenen Intellektuellen, die sich mit einer massentauglichen Veröffentlichung oder der Vermarktung politischer Ereignisse einen Namen gemacht haben. Pierina ist viel eher eine organische Intellektuelle im Wortsinn, eine Denkerin der Straße. Sie war fast überall dabei und mischt auch heute überall mit. Sie kommt aus jener Generation der Mittdreißiger, der auch der frisch gewählte Präsident Gabriel Boric angehört und die an und mit ihren eigenen sozialen Kämpfen groß geworden ist: der Schüler:innenbewegung der „Pinguine“ im Jahr 2006, dem Aufstand der Student:innen 2011 und dann dem „Estallido Social“, der sozialen Explosion im Jahr 2019.

Pierina verkörpert diese Geschichte intellektuell und persönlich. Ihre klare und scharfsinnige Sprache kommt nicht von einem einsamen intellektuellen Ort, sondern aus der Mitte einer kollektiven Erfahrung. Was sie sagt, ist durchdacht und kompliziert, dennoch für jede und jeden zu verstehen. Ihre Worte sind nicht siegessicher, aber von der tiefen Überzeugung geprägt, dass Widerstand möglich ist und sich lohnt. Pierina kann erzählen, wie aus kleinen Rebellionen große wurden und wie aus den Pinguinen eine Generation erwuchs, die jetzt in der Regierung und in der Verfassungsgebenden Versammlung sitzt, um das Land zu verändern. Sie ist überzeugt von der Möglichkeit einer neuen und erneuerten Linken in Lateinamerika, von der Sinnhaftigkeit, es trotz allem noch einmal zu versuchen.

Während andere den Raum der politischen Repräsentation erobert haben und nun auch dessen Logiken ausgesetzt sind, arbeitet sie mit ihrem Kollektiv Nodo XXI an einer strategischen und programmatischen Verständigung über den chilenischen Prozess. Als ein intellektuelles Bindeglied zwischen Straße, Aufstand und Institutionen bemüht sich der Zirkel um jene Maulwurfsarbeit, die auch in Zeiten vermeintlicher Erfolge wichtig bleibt. Nebenbei muss Pierina ihre Doktorarbeit in Soziologie fertigstellen, Kurse an der Uni geben und zwischen Santiago (der Hauptstadt und dem politischen Zentrum) und Valparaíso (ihrem Wohnort) pendeln. Von irgendetwas muss man schließlich leben, während man alles verändert. Oder es zumindest versucht.

Mario Neumann

Um den chilenischen Prozess zu verstehen, haben wir 2021 das „Chilenische Tagebuch“ begonnen: Regelmäßig schreibt Pierina Ferretti darin über die Institutionalisierung des Aufstands gegen den Neoliberalismus, über die Chancen und Grenzen der Transformation. www.medico.de/chilenisches-tagebuch

Projektförderung

Haltung wirkt

Kernaufgabe der medico-Stiftung ist es, Inseln der Vernunft zu schaffen. 2021 hat sie die politische Arbeit von Partnerorganisationen in aller Welt in einem Umfang unterstützen können wie nie zuvor. Von Christian Sälzer

In Israel ist die Deutung der „wahren Geschichte“ des Landes besonders brisant. So will das hegemoniale Narrativ von einer Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und von Landraub nichts wissen. Um diesen Mythos abzusichern, werden zuwiderlaufende Belege verbannt. So durchforstet eine Abteilung des israelischen Verteidigungsministeriums seit einigen Jahren Archivbestände nach entsprechenden Dokumenten. Fragliche Unterlagen sollen der Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Gegen diese geschichtspolitische Manipulation arbeitet das Akevot Institute for Israeli-Palestinian Conflict Research. Die Organisation setzt sich maßgeblich für die [erweiterte] Öffnung von Staatsarchiven ein. Daneben hat Akevot das derzeit größte digitale Menschenrechtsarchiv der israelischen Zivilgesellschaft mit über 270.000 Dokumenten über den israelisch-palästinensischen Konflikt erstellt und forscht in staatlichen und privaten Archiven selbst nach relevanten Quellen. Öffentlich macht Akevot Erkenntnisse zu einer tatsächlichen basierten Geschichtsschreibung zum Beispiel in einer wöchentlichen Webserie und einem eigenen Podcast. Diese Arbeit ist 2021 von medico gefördert worden – und zwar vollständig mit Mitteln der Stiftung medico international.

Von Opferrechten bis Gesundheit

Die Stiftung ist 2004 mit dem Ziel gegründet worden, die Unabhängigkeit der medico-Arbeit langfristig abzusichern und dazu beizutragen, Inseln der Vernunft zu schaffen. Aus den Erträgen ihres Vermögens sollten Kooperationen mit Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika unterstützt werden. Im Gründungsjahr war das noch nicht möglich, ein Jahr später wurde ein erstes Projekt gefördert. Seither sind das Vermögen der Stiftung und damit ihre Möglichkeiten kontinuierlich gewachsen: So hat sich die Gesamtfördersumme von anfänglichen 7.250 Euro auf 400.000 Euro im Jahr 2021 erhöht und damit weit mehr als verfünffzigfach. Insgesamt sind im vergangenen Jahr 18 Kooperationen

unterstützt worden, mehr als jemals zuvor. Gemeinsam ist allen Projekten das Eintreten für eine andere, eine gerechtere Welt. Und noch immer orientiert sich der Stiftungsvorstand bei der Entscheidung über die Förderungen an den drei bei der Gründung formulierten thematischen Schwerpunkten: Stärkung der Rechte von Opfern, Aufbau einer transnationalen Gesundheitsbewegung und Förderung psychosozialer Ansätze.

Dem Anliegen, Opfern von Folter, Krieg, Katastrophen und Gewalt solidarisch zur Seite zu stehen, entsprach 2021 zum Beispiel die Unterstützung der brasilianischen Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra (MST). Nicht zuletzt mit „Volksanwäl:innen“ und Rechtsberatungen verteidigt diese kollektive Landnutzungen gegen die Interessen des Agrorbusiness und die Gewalt von Privatmilizen. Ein Beispiel für den zweiten Schwerpunkt, die Unterstützung einer globalen Gesundheitsbewegung, ist ein neues Netzwerkprojekt mehrerer langjähriger südafrikanischer Partnerorganisationen – Khanya College, Sinani und People's Health Movement South Africa. Aufbauend auf der erfolgreichen Unterstützung der Community Health Workers in den vorangegangenen Jahren geht es nun darum, landesweit lokale Gesundheitsforen aufzubauen und damit die Basisgesundheitsversorgung in marginalisierten Gemeinden zu stärken. Der dritte Förderschwerpunkt ist die psychosoziale Arbeit. Diese leistet zum Beispiel die Initiative Dawar for Arts and Development in dem von ihr aufgebauten Gemeinde-Kulturzentrum Ezbet Khairallah in Kairo. In dem gleichnamigen Stadtteil leben auf nicht mehr als zwei Quadratkilometern rund 700.000 Menschen ohne basale Infrastruktur – von der Versorgung mit Strom und Wasser bis zu Einrichtungen für Bildung, Gesundheit und Kultur fehlt es an allem. Der Perspektivlosigkeit vor Ort setzt die Initiative ein Engagement entgegen, das armen ägyptischen Frauen, aber auch hier gestrandeten Geflüchteten vor allem aus Syrien Räume eröffnet. Das Gemeindezentrum ist Begegnungsort, Kulturzentrum und Bildungsstätte in einem. Ein Angebot für Frauen macht beispielsweise

mithilfe theaterpädagogischer und -therapeutischer Methoden Erfahrungen von Ausgrenzung, häuslicher Gewalt und Unterdrückung bearbeitbar. Die Förderung durch die Stiftung hat 2021 die gezielte Weiterbildung von Aktiven vor Ort für theater- und kunstbasierte Projekte in marginalisierten Communities ermöglicht.

Unabhängigkeit stärken

Mit Stiftungserträgen werden oft Kooperationen abgesichert, die weniger im medialen Interesse stehen und für die es daher auch kaum direkte Spenden gibt. Auch das meint „Unabhängigkeit stärken“. Der wachsende Förderumfang belegt, dass dies auch in Zeiten von Niedrigzinsen gut gelingen kann. Bewusst setzt die Stiftung auf sichere, nachhaltige und alternative Anlagestrategien, die zum einen Erträge bringen und zum Zweiten selbst emanzipatorisch wirken. Hierfür stehen sowohl die Finanzierung des medico-Hauses, das kritischen Organisationen einen Ort und öffentlichen Debatten einen Raum gibt, wie auch die Vermietung einer Immobilie in Mannheim für gemeinnützige und integrative Zwecke. Dass die Stiftung die politische Arbeit von Akevot in Israel, MST in Brasilien, Dawar in Ägypten und vielen anderen Partnerorganisationen unterstützen kann, verdankt sie aber in erster Linie den bisher rund 120 Menschen, die sich mit größeren oder kleineren Stiftungen mit ihren Anliegen solidarisiert haben. Diese Haltung wirkt – in einer Stiftung dauerhaft.

Mehr über die Stiftung und alle 2021 geförderten Projekte unter www.stiftung-medico.de



Workshop der ägyptischen Organisation Dawar for Arts and Development.



Raubkunst, Rückgabe und Dekolonisierung: Bénédicte Savoy im Utopischen Raum.

UTOPIE, DRITTE RUNDE

Der Utopische Raum im globalen Frankfurt – eine Kooperation der Stiftung medico international mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau – hat es sich zur Aufgabe gemacht, über die solidarische Gestaltung der Zukunft nachzudenken. Bei den regelmäßig im medico-Haus stattfindenden Veranstaltungen geht es um Ideen für eine lebenswerte Weltgesellschaft und um bereits gelebte Alternativen zu herrschenden Ausbeutungsverhältnissen. Im Herbst 2021 begann die dritte Runde des Utopischen Raums unter dem Titel „Kritik der kolonialen Denkungsart – auf dem Weg zu einem transkulturellen Bewusstsein“. Da eine Verständigung über die Vergangenheit unabdingbar ist, wenn die Welt für alle bewohnbar werden soll, ging es diesmal um das Erinnern. Die Restitution von Raubkunst wurde ebenso diskutiert wie das Gedenken an die rassistischen Mordanschläge in Hanau und die kolonialen Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit.

Am ersten Oktoberwochenende 2022 geht der Utopische Raum schließlich in die vierte Runde. Unter dem Titel „Kosmopolitismus von unten“ werden Seyla Benhabib, Stephan Lessenich, Dana Schmalz und viele mehr die Möglichkeit einer „Weltgemeinschaft“ diskutieren, in der es nicht um Hegemonie und partikuläre Vorteilsnahme geht, sondern um gelebte Diversität auf der Grundlage gerechter Verhältnisse und eines gemeinsamen Begriffs von Humanität. Zu den Anliegen, die sich die Stiftung bei ihrer Gründung vorgenommen hat, zählt die Förderung von gesellschaftspolitischen und strategischen Debatten. Als Veranstalterin und Gastgeberin des Utopischen Raums tut sie eben dies und erhöht gleichzeitig die Sichtbarkeit von medico.

FINANZBERICHT 2021

LAGE UND ENTWICKLUNG

Der Gesamtetat, der medico international e.V. im Berichtszeitraum zur Verfügung stand, betrug 23.918.343,05 €. Gegenüber dem Vorjahr hat er sich damit um 9,1% erhöht. Die Spendensumme (ohne Spenden aus dem BEH-Bündnis) hat sich im Vergleich zu dem aufgrund der Pandemieentwicklung unvorhersehbar hohen Spendenaufkommen in 2020 wie erwartet reduziert, jedoch lediglich um 14,4%. Die BEH-Spenden haben sich dagegen mit einem Minus von 35,7% sehr viel deutlicher verringert. Die Zuschüsse öffentlicher und privater Geldgeber liegen mit einem Plus von 1,8% etwas über dem Vorjahresniveau und betragen ein für medico übliches Niveau von 47% der Gesamteinnahmen.

EINNAHMEN

Die Summe der Spenden, die medico 2021 erhalten hat, beläuft sich auf insgesamt 6.910.157,09 € (48,2% der Gesamterträge). Darin enthalten sind die weitergeleiteten Spenden vom „Bündnis Entwicklung hilft“ (BEH) in Höhe von insgesamt 419.800,83 €. Ohne die BEH-Spenden betrug das Spendenaufkommen 6.490.356,26 €. Das bedeutet eine Reduzierung im Vergleich zu 2020 um 13,5%. Die Anzahl der Fördermitgliedschaften ist um 272 von 5.440 auf 5712 gestiegen (+5%). Die Zuschusseinnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 1,8% auf 6.741.531,12 € (47% der Gesamteinnahmen). Eine gleichmäßige Aufteilung der Einnahmearten ist für die Entscheidungsgremien des Vereins deshalb von Bedeutung, weil durch eine gleichmäßige Verteilung das Risiko von unerwarteten Reduzierungen auf alle Finanzierungssäulen gleichmäßig verteilt und dadurch besser steuerbar ist. Für 2022 ist mit einer beispiellosen Spendenbereitschaft aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine zu rechnen – entsprechend gehen wir „nur noch“ von einem Zuschussanteil in Höhe von rund 28,6% der Gesamteinnahmen aus.

Die Zuwendungen, die der Verein vonseiten der Stiftung medico international erhalten hat, sind auf 400.000 € weiter gestiegen. Zusätzlich verzichtet die Stiftung auf die Mieteinnahmen für die vom Verein seit Oktober 2017 genutzten Räume im Büroneubau im Frankfurter Osten, eine Form der institutionellen Förderung unserer Arbeit durch die Stiftung.

AUSGABEN

Auch in 2021 erhielt medico das Spendensiegel des „Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen“ (DZI). Der Ergebnisrechnung auf den nachfolgenden Seiten liegen die Aufwandskategorien des DZI zugrunde. Grundsätzlich wird darin zwischen Aufwendungen für den satzungsgemäßen Bereich der Arbeit und Ausgaben für Werbung und Verwaltung unterschieden. Zu den satzungsgemäßen Aufwendungen zählen die Projektförderung, die Projektbegleitung und die satzungsgemäße Kampagnen- und Aufklärungsarbeit. Diese Unterscheidung ist sinnvoll, weil nachhaltig wirksame Hilfen ohne sachgerechte Planung und Begleitung nicht möglich sind. Kampagnen wie unsere Beharrlichkeit bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Patentschutz auf Corona-Impfstoffe erreichen zwar zuallererst Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Land, können aber schließlich einen ebenso nachhaltigen Effekt für die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen im Globalen Süden haben wie direkte Hilfen vor Ort.

2021 betrug die Summe aller Aufwendungen 13.072.868,42 €. Für den satzungsgemäßen Bereich der Arbeit von medico wurden insgesamt 11.686.026,53 € (89,4% der Gesamtausgaben) verwendet. Im Einzelnen haben wir für die Projektförderung 9.258.939,67 € (70,8%), für die Projektbegleitung 1.117.819,82 € (8,5%) und für die Kampagnen- und Aufklärungsarbeit 1.309.267,04 € (10%) aufgewandt. Die Ausgaben für Werbung und Verwaltung lagen mit 1.386.841,89 € bei 10,6% der Gesamtausgaben. Werbe- und Verwaltungskosten von 10% bis unter 20% gelten laut DZI als angemessen. Die Gehaltskosten haben sich durch die Besetzung von neugeschaffenen Stellen um 3,6% erhöht.

PROJEKTE

Im Berichtszeitraum hat medico rund 130 Projekte gefördert. Auch diesmal sind die Fördervolumen für Kooperationen in Israel/Palästina, Libanon und Somalia mit deutlichem Abstand die höchsten. Und wie schon 2020 hatten Projekte zur Covid-19-Pandemie und ihren Folgen besonderes Gewicht. So gab es durch Corona-Hilfsmaßnahmen erstmals wieder medico-Kooperationen in Indien. Thematisch blieben Flucht und Migration – etwa mit ausgeweiteten Unterstützungen

im Lager Moria oder Nothilfe für Geflüchtete an der polnisch-belarussischen Grenze – sowie Gesundheit Förderschwerpunkte. So wird in Südafrika die langjährige Unterstützung von Gemeindegesundheitsarbeiterinnen in einer Netzwerkförderung zur Stärkung gesundheitspolitischer Interessen der marginalisierten Bevölkerung fortgesetzt. Und in Nordsyrien konnte der Bau eines Prothesenzentrums durch den Kurdischen Roten Halbmond mitfinanziert werden.

WERBE- UND ÖFFENTLICHKEITSMASSNAHMEN

Im Selbstverständnis als politische Hilfs- und Menschenrechtsorganisation ist eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit Kernelement der Arbeit von medico. Deutlicher formuliert wird dabei der Anspruch, in öffentlichen Meinungsbildungsprozessen wie ein „Lotse“ politische Orientierung anzubieten. Eben das macht den Charakter von Publikationen wie dem Rundschreiben, dem Newsletter, des Blogs und in zunehmendem Maße von Social-Media-Aktivitäten aus: Sie alle stellen die Arbeit von medico vor, leisten aber vor allem politische Aufklärung und Analyse. Mit dem medico-Podcast Global Trouble ist 2021 ein neuer Kanal hinzugekommen. Daneben wirbt medico bevorzugt mit Spendenbriefen, Anzeigen, Beilagen in Zeitschriften, Plakaten, Faltblättern sowie mit öffentlichen Aufrufen für Anliegen und um Spenden. Die regelmäßige Versendung von Newsletterausgaben in mehreren Sprachen, aber auch die große internationale Online-Konferenz „[Re-]Konstruktion der Welt“ stehen für das Bestreben, ein transnationales Nachdenken über globale Fragen zu initiieren bzw. zu stärken.

RISIKEN UND CHANCEN

Das stabile Fundament von medico international ist noch einmal gefestigt geworden. So ist neben den weiterhin sehr hohen Spendeneingängen 2021 auch die Zahl der Fördermitgliedschaften enorm gewachsen. Dass dies ohne entsprechende Werbekampagne geschieht, zeugt davon, dass medico in relevanten Zielgruppen Glaubwürdigkeit und Vertrauen erworben hat. Hier zahlt sich aus, dass medico seit vielen Jahren zuverlässig zu Themenfeldern arbeitet, die durch bestimmte Ereignisse im medialen Fokus standen und viele Menschen bewegt haben: Fragen Globaler Gesundheit (Covid-19-Pandemie), Flucht und Migration (polnisch-belarussische Grenze) sowie Menschenrechtspolitik und Weltordnung (Afghanistan).

Das gesellschaftliche Spektrum, in das medico unterdessen hineinwirkt, reicht von Kirchengemeinden, Dritte-Welt-Initiativen und Solidaritätskomitees über Gewerkschaften, politische Verbände, Wissenschaft und Kultur bis hin zu staatlichen Stellen. Zunehmend gelingt es, auch jüngere Menschen anzusprechen.

Zentrale Aufgaben bestehen weiterhin darin, den Generationswechsel in der Unterstützerschaft – hier von den „Wiederaufbauer:innen“ zu den „Babyboomern“ – zu meistern und Erstpender:innen dauerhaft an medico zu binden. Aus diesem Grund wurde 2021 eine weitreichende Spender:innenbefragung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse 2022 vorliegen.

Das wachsende Krisengeschehen, globale Umbrüche und die Entwicklung zu einer multipolaren Weltordnung bringen auch für medico tiefgreifende Ungewissheiten mit sich. Neben schleichenden Krisenverschärfungen wie beim Klima zeigen Ereignisse wie die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan oder der russische Angriff Russlands auf die Ukraine, wie schnell sich Koordinaten mit unabsehbaren Folgen verschieben können. Hinzu kommt der Aufschwung rechtspopulistischer Politiken und des Autoritarismus in vielen Ländern der Welt. Oft hat das unmittelbare, mitunter existenzbedrohende Folgen für unsere Partnerorganisationen. So mussten alle afghanischen Partner:innen unter größter Gefahr das Land verlassen und haben die Repressionen des Ortega-Regimes dazu geführt, dass medico erstmals seit Jahrzehnten keine Kooperation im Land fördern konnte. Wie können Partner:innen ihre Arbeit in „schrumpfenden Räumen“ oder auch im Exil fortsetzen? Diesen Herausforderungen muss sich medico stellen.

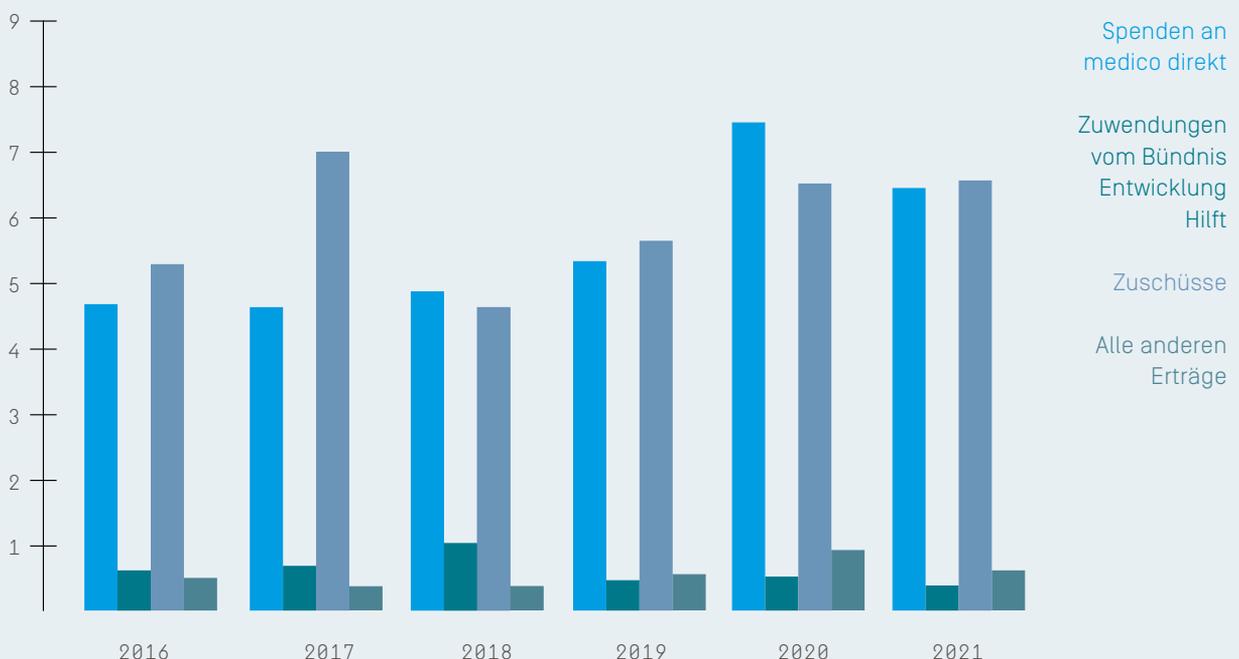
FAZIT

medicos hohe Präsenz in der Öffentlichkeit und große Glaubwürdigkeit für eine wachsende Unterstützerschaft haben in den dramatischen Krisengeschehen der jüngsten Vergangenheit nicht gelitten – im Gegenteil: Zuspruch und Zuwendungen bewegen sich weiterhin auf Rekordniveau. Gleichzeitig stimmt der Blick in die Welt pessimistisch: Womöglich wird es nicht mehr gut. Wie sich medico im Bewusstsein dessen künftig weiterhin „mit Haltung in Solidarität für Veränderung“ einsetzen wird – diese Frage wird die strategischen Debatten der nächsten Jahre prägen. Vieles spricht aber dafür, dass sich medico auch in dieser Hinsicht auf dem Weg und wahrscheinlich sogar auf einem richtigen befindet.

FINANZBERICHT 2021 GESAMTERGEBNIS

| ERTRÄGE | 2021 Euro | 2020 Euro |
|---|----------------------|----------------------|
| Geldspenden _____ | 6.490.356,26 | 7.503.720,57 |
| Sachspenden _____ | 0,00 | 0,00 |
| Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft _____ | 419.800,83 | 569.568,39 |
| Zuschüsse - öffentliche Geldgeber _____ | 6.597.575,68 | 6.453.752,24 |
| Zuschüsse - nicht öffentliche Geldgeber _____ | 143.955,44 | 166.007,06 |
| Zuwendungen der stiftung medico international _____ | 400.000,00 | 360.000,00 |
| Vermächnisse _____ | 256.953,27 | 521.237,16 |
| Geldauflagen _____ | 10.300,00 | 53.970,00 |
| Zinsen und ähnliche Erträge _____ | 2.506,65 | 7.823,26 |
| Mitgliedsbeiträge _____ | 7.718,60 | 7.544,08 |
| Sonstige Erträge _____ | 6.875,73 | 6.897,48 |
| EINGÄNGE INSGESAMT _____ | 14.336.042,46 | 15.650.520,24 |
| Rücklagen | | |
| nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung [A0] | | |
| Stand: 01. Januar _____ | 6.538.199,95 | 4.584.347,16 |
| für Projekte, die im Vorjahr beschlossen wurden, der Mittelabfluss zum 31.12. jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte, für zweckgebundene Restmittel sowie zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins | | |
| Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 | | |
| der Abgabenordnung [A0] _____ | 2.870.000,00 | 1.499.000,00 |
| Vereinskapital am 01. Januar _____ | 174.100,64 | 195.023,02 |
| HAUSHALT _____ | 23.918.343,05 | 21.928.890,42 |

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN [IN MIO. EURO]



| AUFWENDUNGEN | 2021 Euro | 2020 Euro |
|--|--------------|--------------|
| Projektförderung | 9.258.939,67 | 8.766.258,91 |
| Projektbegleitung | 1.117.819,82 | 1.152.719,38 |
| Satzungsgemäße Kamp.-, Bildungs-, Aufkl.Arbeit | 1.309.267,04 | 1.119.298,90 |
| Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit | 464.796,15 | 416.992,27 |
| Verwaltung | 922.045,74 | 891.320,37 |

AUFWENDUNGEN INSGESAMT **13.072.868,42** **12.346.589,83**

Rücklagen

nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung [A0]

Stand: 31. Dezember 7.122.732,33 6.538.199,95

für Projekte, die im Vorjahr beschlossen wurden, der Mittelabfluss zum 31.12. jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte, für zweckgebundene Restmittel sowie zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins

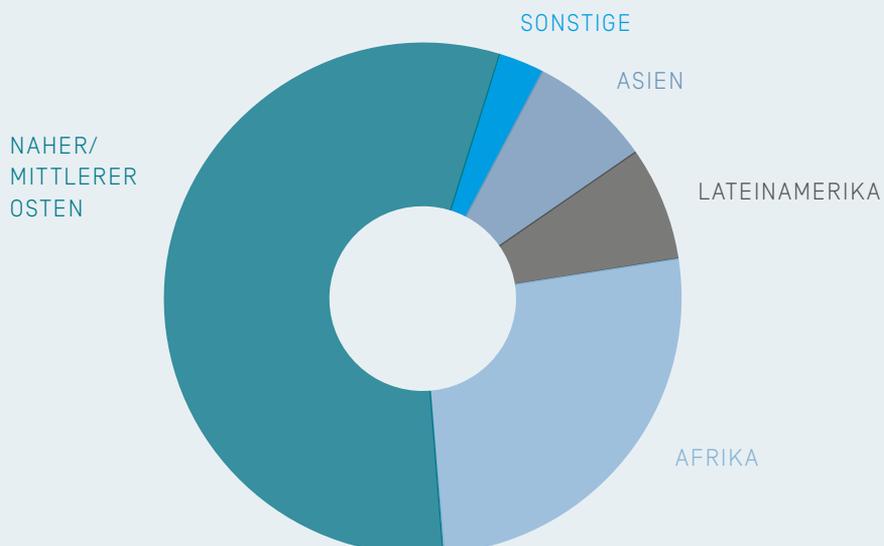
Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3

der Abgabenordnung [A0] 3.569.000,00 2.870.000,00

Vereinskapital am 31. Dezember 153.742,30 174.100,64

HAUSHALT **23.918.343,05** **21.928.890,42**

PROJEKTAUSGABEN NACH REGIONEN



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2021

| | 2021 | 2020 |
|--|----------------------|----------------------|
| | Euro | Euro |
| ERTRÄGE | | |
| Spenden | 6.490.356,26 | 7.503.720,57 |
| Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft | 419.800,83 | 569.568,39 |
| Zuschüsse öffentlicher und privater Institutionen | 6.741.531,12 | 6.619.759,30 |
| Stiftungszuwendungen, Vermächtnisse, Geldauflagen | 667.253,27 | 935.207,16 |
| Zinsen und ähnliche Erträge | 2.506,65 | 7.823,26 |
| Sonstige Erträge | 14.594,33 | 14.441,56 |
| ERTRÄGE GESAMT | 14.336.042,46 | 15.650.520,24 |
| AUFWENDUNGEN | | |
| Transfers in die Projekte | | |
| a) von Geldmitteln | 8.908.347,00 | 8.408.158,72 |
| b) von Sachmitteln | 29.404,98 | 22.519,56 |
| Personalaufwand | | |
| a) Gehälter | 2.454.325,56 | 2.296.947,57 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung | 467.727,36 | 522.214,19 |
| Abschreibungen | | |
| a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 32.181,30 | 35.529,67 |
| b) und Anlagenabgang | 17,00 | 25,00 |
| Sonstige Aufwendungen | 1.180.865,22 | 1.061.195,12 |
| AUFWENDUNGEN GESAMT | 13.072.868,42 | 12.346.589,83 |
| JAHRESERGEBNIS | 1.263.174,04 | 3.303.930,41 |
| Zuführung von Vermächtnissen | -266.807,01 | -511.237,16 |
| Verwendung von Vermächtnissen | 287.165,35 | 532.159,54 |
| Entnahme/Zuführung zur freien Rücklage | -699.000,00 | -1.371.000,00 |
| Zuführung zur Betriebsmittelrücklage | 0,00 | -700.000,00 |
| Abfluss zweckgeb. Spenden aus Vorjahr | 915.073,81 | 1.054.005,96 |
| Mittelübertrag aus Restmittel Spenden in Rücklagen | 764.107,42 | 466.375,85 |
| Rückfluss zweckgebundener Mittel aus Rücklagen Vorjahr | -32.566,98 | -3.916,90 |
| Zuführung zweckgebundener Spenden | -953.779,18 | -1.813.904,78 |
| Zuführung zu Projektmittelrücklagen | -10.626.069,67 | -9.812.921,29 |
| Entnahme aus den Projektmittelrücklagen | 9.258.939,67 | 8.766.258,91 |
| Auflösung von Projektmittelrücklagen | 89.921,01 | 92.416,37 |
| Mehraufwand/Forderungen bei Projektmittelrücklagen | -158,46 | -2.166,91 |
| ERGEBNISVORTRAG | 0,00 | 0,00 |

ERLÄUTERUNGEN ZUR ERGEBNISRECHNUNG

ERTRÄGE

Spenden – Bei den Spenden, die medico 2021 direkt erhalten hat, konnte im Vergleich zum kaum vergleichbaren, weil außerordentlichen Ergebnis von 2020 ein gutes Ergebnis erzielt werden. Im Vergleich zum Vorjahr kam es zwar wie erwartet sowohl im zweckgebundenen (-31,5%) als auch im ungebundenen Bereich (-3,5%) zu Rückgängen. Im linearen Vergleich zu

den Jahren bis inkl. 2019 war das Ergebnis dennoch unerwartet hoch. Neben den auf hohem Niveau beibehaltenen ungebundenen Spenden, haben die Spender:innen bei den zweckgebundenen Spenden, z. B. im Bereich Globale Gesundheit (Pandemiegeschehen) und im Bereich Flucht und Migration (Europäische Abschottungspolitik) deutliche Zeichen gesetzt.

ERGEBNISRECHNUNG NACH AUFWANDSKATEGORIEN UND DZI-KRITERIEN

| PROJEKTAUFWENDUNGEN / SATZUNGSGEMÄSSER BEREICH | | satzungsgem. Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit Euro | WERBE- UND VERWALTUNGSAUFWENDUNGEN | |
|---|---------------------------|---|--|--------------------|
| Projektförderung Euro | Projektbegleitung Euro | | Werbung und allgm. Öffent- lichkeitsarbeit Euro | Verwaltung Euro |
| 6.490.356,26 | | | | |
| 419.800,83 | | | | |
| 6.416.870,32 | 284.650,36 | 40.010,44 | | |
| 637.253,27 | | 30.000,00 | | |
| 2.213,31 | 293,34 | | | |
| 6.875,73 | | | | 7.718,60 |
| 13.973.369,72 | 284.943,70 | 70.010,44 | 0,00 | 7.718,60 |
| 8.908.347,00 | | | | |
| 29.404,98 | | | | |
| 229.699,71 | 826.505,73 | 582.313,85 | 213.915,21 | 601.891,06 |
| 10.907,88 | 172.877,24 | 109.010,51 | 44.167,67 | 130.764,06 |
| 2.223,73 | 8.915,89 | 4.717,17 | 1.350,10 | 14.974,41 |
| 1,00 | 12,05 | 1,36 | 0,34 | 2,25 |
| 78.355,37 | 109.508,91 | 613.224,15 | 205.362,83 | 174.413,96 |
| 9.258.939,67 | 1.117.819,82 | 1.309.267,04 | 464.796,15 | 922.045,74 |
| 4.714.430,05 | -832.876,12 | -1.239.256,60 | -464.796,15 | -914.327,14 |

Der Anteil der Werbe- und Verwaltungsaufwendungen an den Gesamtaufwendungen beträgt 10,60%.

Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft – Hier handelt es sich um Spenden, die 2021 vom Bündnis an medico weitergeleitet worden sind. Die größten Anteile hatten dabei die Corona-Nothilfe [42%], die Nothilfe weltweit [19,3%], die Nothilfe nach der Explosion im Hafen von Beirut [11,2%] sowie für die Opfer nach dem Erdbeben auf Haiti [9,5%].

Zuschüsse öffentlicher und privater Institutionen – Zuschüsse für Projekte im Libanon, in Ostafrika, in den Palästinensischen Gebieten, Syrien, Südafrika, Afghanistan, El Salvador und Sri Lanka wurden voll oder anteilig durch das AA, das BMZ, die Regionalregierung Barcelona, die Volkshilfe Österreich und einem staatlichen Zuschussgeber aus Schweden (SIDA) finanziert. Die transnationale Online-Konferenz „(Re)Construction of the World“ wurde in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) durchgeführt. Die RLS hat vor allem die Konferenztechnik bezuschusst, während die FES die Beauftragung und Kosten für die viersprachige Verdolmetschung übernommen hat.

Stiftungszuwendungen, Vermächtnisse und Geldauflagen – 400.000,00 € hat der Verein im Jahr 2021 von der stiftung medico international für Projekte erhalten. Das bedeutet ein Plus von 12,5%. Die stark schwankenden Einnahmen aus Vermächtnissen fielen um 264.283,89 € [-50,7%] geringer aus. Die wenig beeinflussbaren Geldauflagen verringerten sich zum Vorjahr um 43.670 € [-80,9%].

Sonstige Erträge – hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Erlös aus dem Verkauf eines Dienstwagens (Büroschließung Nicaragua) und

Erträge aus Restvermögen von aufgelösten Körperschaften, in deren Satzungen medico international e.V. als anfallsberechtigt genannt war.

AUFWENDUNGEN

Transfers in die Projekte – In dieser Rubrik sind die Mittel, die direkt den Projekten zur Verfügung stehen und aus Spenden und Zuschüssen finanziert werden, aufgeführt.

Personalaufwand – Im hier ausgewiesenen Betrag sind enthalten: Die Gesamtkosten des inländischen und entsandten Personals, die mit lokalen Arbeitsverträgen angestellten Mitarbeiter:innen in den Auslandsbüros, freiberufliche Honorarkräfte, Aufwendungen für Praktikant:innen und Aushilfslöhne.

Abschreibungen – Die Abschreibungen auf die Sachanlagen und die immateriellen Vermögensgegenstände wurden planmäßig vorgenommen.

Sonstige Aufwendungen – Hier handelt es sich um Aufwendungen für Mietnebenkosten, Versicherungen, Porto, Telefon, Bürobedarf, Reisekosten, Sachaufwand für Projektbegleitung, Werbung, satzungsgemäße Bildungs- und Aufklärungsarbeit, Instandhaltungen und Wartungen, Beratungsleistungen sowie für sonstigen Verwaltungsbedarf. Nach dem Umzug in das Haus der stiftung medico international im Oktober 2017 erfährt der Verein parallel zur Projektförderung aufgrund mietfrei genutzter Flächen auch eine institutionelle Förderung durch die Stiftung.

BILANZ ZUM 31.12.2021

AKTIVA

| | Berichtsjahr Euro | Vorjahr Euro |
|--|----------------------|---------------------|
| A. ANLAGEVERMÖGEN | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände _____ | 357,00 | 659,00 |
| II. Sachanlagen _____ | 40.440,00 | 51.757,00 |
| III. Finanzanlagen _____ | 112.455,42 | 121.973,42 |
| B. UMLAUFVERMÖGEN | | |
| I. Vorräte _____ | 0,00 | 0,00 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände _____ | 5.837,99 | 35.123,40 |
| III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten _____ | 10.832.494,28 | 9.558.889,74 |
| C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN | | |
| I. Aktive Rechnungsabgrenzungen _____ | 5.783,47 | 5.961,82 |
| | 10.997.368,16 | 9.774.364,38 |

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss von medico international e.V. ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) erstellt. Die Umsatzsteuer ist in den Anschaffungskosten des Anlagevermögens und in den Aufwendungen der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten, da der Verein nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

AKTIVA

A. Anlagevermögen**I. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Hier handelt es sich um den um Abschreibungen verminderten Wert der 2021 und in den Vorjahren erworbenen Softwareprogramme und -lizenzen.

II. Sachanlagen

Die Sachanlagen setzen sich zusammen aus der Büroausstattung und der EDV-Hardware unter Berücksichtigung der jährlichen Abschreibungen.

III. Finanzanlagen

2018 wurde die „forum medico gGmbH“ gegründet, mit dem Zweck, die Veranstaltungsräume im Erdgeschoss im medico-Haus der Stiftung in Frankfurt am Main zu betreiben. Alleiniger Gesellschafter dieser gGmbH ist der Verein, die Anteile (100%) belaufen sich auf 25.000,- €. Aus Erbschaften sind dem Verein 2005 und 2012 verschiedene Anteile bzw. Geldanlagen zugegangen. In 2021 ist eine Teilabschreibung in Höhe von 9.518 € aufgrund des Verkaufs einer Wertanlage erfolgt, bei der medico Miteigentümer ist.

B. Umlaufvermögen**II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Reiskostenvorschüssen und einem PrePaid-Guthaben.

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Bei dieser Position handelt es sich um die Bestände der Barkassen und Konten für laufende Zahlungen und Termingeldanlagen der Geschäftsstelle in Frankfurt/Main und um die Bestände des Büros in Ramallah.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Anteil für Mietaufwendungen des Büros in Ramallah, der 2021 im Voraus für 2022 bezahlt wurde.

PASSIVA

| | Berichtsjahr Euro | Vorjahr Euro |
|---|----------------------|---------------------|
| A. EIGENKAPITAL | | |
| I. Vereinskapital | 153.742,30 | 174.100,64 |
| II. Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO | 7.122.732,33 | 6.538.199,95 |
| III. Freie Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO | 3.569.000,00 | 2.870.000,00 |
| B. RÜCKSTELLUNGEN | | |
| 1. Sonstige Rückstellungen | 104.032,00 | 139.734,00 |
| C. VERBINDLICHKEITEN | | |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 22.271,63 | 12.291,61 |
| 2. Sonstige Verbindlichkeiten | 25.589,90 | 40.038,18 |
| D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN | | |
| II. Passive Rechnungsabgrenzungen | 0,00 | 0,00 |
| | 10.997.368,16 | 9.774.364,38 |

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Vereinskapital

Das Vereinskapital setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Anlagevermögen.

II. & III. Rücklagen

Die Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO von 7.122.732,33 € wurden gebildet

- für Projekte, die in 2021 und Vorjahren genehmigt und begonnen wurden, bei denen der Mittelabfluss in 2021 jedoch nur teilweise erfolgt ist (3.719.457,39 €)
- für zweckgebundene Restmittel aus Spenden (1.103.274,94 €)
- zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins (2.300.000,00 €).

Die Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO von 2.870.000,00 € wurde gebildet für Projekte, die in der Entwicklung bzw. Ausarbeitung für die kommenden Jahre sind sowie für geplante Aufwendungen in allen anderen Arbeitsbereichen medicos.

B. Rückstellungen

Rückstellungen in Höhe von 104.032,00 € wurden gebildet

- für noch bestehende Urlaubsansprüche (85.032,00 €)
- für die Kosten der Jahresabschlussarbeiten und der Wirtschaftsprüfung (19.000,00 €)

C. Verbindlichkeiten

Es handelt sich hier um Verbindlichkeiten

- aus Lieferungen und Leistungen (22.271,63 €)
- aus Lohnsteuer (23.804,75 €)
- gegenüber Arbeitnehmer:innen in Ramallah (1.785,15 €)

Die RGT Treuhand Revisionsgesellschaft mbH Frankfurt am Main wurde von uns mit der Prüfung des Jahresberichts und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2021 beauftragt. Jahresabschluss und Lagebericht wurden mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testiert. Das entsprechende Testat finden Sie unter www.medico.de.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

69 aktive Mitglieder gemäß § 4, 1-5 der Satzung von medico international e.V.

VORSTAND

Dr. med. Anne Blum, Vorsitzende
Brigitte Kühn, stv. Vorsitzende
Rainer Burkert, stv. Vorsitzender

Johannes Katzan, Beisitzer
Helga Riebe, Beisitzerin

Dr. med. Andreas Wulf
 medico-Repräsentanz Berlin,
 Globale Gesundheit

GESCHÄFTSFÜHRENDES
GREMIUM

N.N.
 Geschäftsführer:in

Katja Maurer
 Chefredaktion medico-Rundschreiben

Anne Jung
 Abteilungsleitung Öffentlichkeitsarbeit,
 Globale Gesundheit

Jens von Barga
 Abteilungsleitung Finanzen & Verwaltung,
 Stiftung, gGmbH

Dr. Ramona Lenz
 Sprecherin stiftung medico international

ARBEITSGRUPPEN

Naher Osten
 Flucht & Migration
 Gesundheit
 Kritische Hilfe
 Psychosoziales

ABTEILUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Moritz Krawinkel
 stv. Abteilungsleitung, Redaktion,
 Zentralamerika
Vivien Kaplan
 Zentrale, Kommunikation
Radwa Khaled-Ibrahim
 Kritische Nothilfe
Gudrun Kortas
 Spender:innen- und Stifter:innen-
 kommunikation, Testamente
Jule Manek
 Psychosoziales, Afrika
Mario Neumann
 Presse, Redaktion, Südamerika
Riad Othman
 Israel/Palästina, Ägypten
Dr. Thomas Rudhof-Seibert
 Menschenrechte, Süd- und Südostasien
Dr. Kerem Schamberger
 Flucht & Migration
Andrea Schuldt
 Veranstaltungen
Anita Starosta
 Spender:innenkommunikation,
 Nordostsyrien, Türkei, Irak
Frank van Ooyen
 Zentrale, Kommunikation
Jürgen Wälther
 Online-Redaktion, Homepagebetreuung
Karin Zennig
 Social Media & Campaigning

ABTEILUNG FINANZEN & VERWALTUNG

Anke Prochnau
 stv. Abteilungsleitung,
 Rechnungswesen, gGmbH
Farah Al-Lama'
 Finanzkoordination Projekte
Marek Arit
 Rechnungswesen
Anke Böttcher
 Spenden und Geldauflagen
Philipp Henze
 Finanzkoordination Projekte
Susanne Huber
 Finanzkoordination Projekte
Kirstie McMeekin
 Finanzkoordination Projekte
Elena Mera Ponce
 Finanzkoordination Projekte
Kerstin Radlach
 Rechnungswesen, Stiftung
Johannes Reinhard
 Controlling, Testamente, Spenden
Uwe Schäfer
 EDV & IT
Steffen Schmid
 EDV & IT
Kristina Schusser
 Personalverwaltung
Rita Velásquez
 Finanzkoordination Projekte

TANDEMS/TRIDEMS

Afrika
 Flucht & Migration
 Gesundheit
 Psychosoziales
 Kritische Nothilfe
 Südamerika
 Südasien
 Zentralamerika & Mexiko
 Syrien & Libanon
 Nordostsyrien, Türkei & Irak
 Ägypten
 Palästina/Israel
 Klimagerechtigkeit

ORGANE DES VEREINS

Die **Mitgliederversammlung** tritt als oberstes Organ von medico international e.V. mindestens einmal im Jahr zu einer Jahreshauptversammlung zusammen. Spätestens alle zwei Jahre werden aus der Mitgliedschaft heraus der Vereinsvorstand und der Revisionsausschuss neu gewählt. Außerdem bestimmt die Mitgliederversammlung jährlich die Prüfer:innen des Jahresabschlusses und legt den Prüfungsauftrag fest. Nach § 7 der Satzung obliegt es dem **Vorstand**, die Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der gesetzlichen Bestimmungen gewissenhaft zu führen. Der Verein wird im Sinne des § 26 BGB von zwei Vorstandsmitgliedern vertreten. Zur Vertretung sind zwei der drei Vorsitzenden befugt. Aufgabe der **Geschäftsführung** ist es, die laufenden Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Satzung und den Beschlüssen des Vorstandes zu führen. Die Geschäftsführung ist dem Vorstand gegenüber verantwortlich und unterliegt der Überwachung durch den Vorstand. Der **Revisionsausschuss** prüft die Kasse sowie die gesamte kaufmännische Geschäftsführung und berichtet darüber jedes Jahr auf der Jahreshauptversammlung. Die **Ombudsperson** unterstützt als unabhängige Instanz die Vereinsmitglieder, Projektpartner und Mitarbeiter:innen von medico international e.V. in der Prävention von Korruption und der Bekämpfung von Fehlentwicklungen und Missständen.

REVISIONSAUSSCHUSS

**Lars Grothe, Renate Zoller
Michael Rumpf**

Ombudsperson, Marie-Luise Rössel-
Cunovic [ombudsperson@medico.de]

Florian Bernhard-Kolbe

Koordination Geschäftsführung,
Datenschutzbeauftragter

Till Küster

Abteilungsleitung transnationale
Kooperationen, Haiti

ABTEILUNG PROJEKTE

Dr. Sönke Widderich

stv. Abteilungsleitung,
Süd- und Südostasien

Eva Bitterlich

Afghanistan, Sri Lanka, Westsahara

Sabine Eckart

Flucht & Migration, Afrika

Valeria Hänsel

(in Vertretung von Nina Schwarz)
Flucht & Migration, Osteuropa,
Östliches Mittelmeer/Nahost

Frauke Heller

Globale Gesundheit

Wilhelm Hensen

Naher Osten

Usche Merk

Psychosoziales, Afrika

Karoline Schaefer

Kritische Nothilfe

Jan Schikora

Lateinamerika

Hendrik Slusarenka

Klimagerechtigkeit, Somalia & Kenia

Rachide Tennin

Naher Osten

N.N.

Lateinamerika

N.N.

ECHO

MEDICO-BÜRO PALÄSTINA & ISRAEL

Chris Whitman, Büroleitung

Imad Toma, Abwesensheitsvertretung

Büroleitung, Koordination Finanzen
und Administration

Wardeh Barghouti, Sekretariat,

Verwaltungsassistenz

Rojan Ibrahim, Projektkoordination

und Administration

Laila Yousef, Finanzen und

Administration

Die Mitglieder des Vorstands und des Revisionsausschusses sowie die Ombudsperson arbeiten ehrenamtlich; alle Kolleg:innen aus der Geschäftsführung und den Fachabteilungen arbeiten hauptamtlich. Neben den oben erwähnten 69 aktiven Mitgliedern unterstützen uns auch 5712 Personen mit einer Fördermitgliedschaft im Sinne von § 4, 6 der Satzung.

PERSONAL

(durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter:innen) 2021 2020

INLANDSMITARBEITER:INNEN

| | | |
|---|----|----|
| Vollzeitbeschäftigte | 15 | 15 |
| Teilzeitbeschäftigte | 29 | 27 |
| Geringfügig Beschäftigte, Werkstudierende | 8 | 7 |

(Außerdem 6 Praktikant:innen jeweils für 3 Monate)

MITARBEITER:INNEN IN AUSLANDSBÜROS

| | | |
|---|-----------|-----------|
| Entsante Beschäftigte | 2 | 2 |
| Lokale Beschäftigte (inklusive freie Mitarbeiter:innen) | 4 | 4 |
| | 58 | 55 |

VERGÜTUNGSSTRUKTUR

Grundlage der Bruttomonatsgehälter 2021 ist ein in vier Gruppen unterteilter Haustarif, der auf einem Basisgehalt aufgebaut ist. Zulagen werden abgestuft für Berufserfahrung gewährt sowie für die zeitlich befristete Übernahme von definierten Funktionen.

| GEHALTSGRUPPEN | von € | bis € |
|---|-----------------------------|----------|
| A) Mitglieder der Geschäftsführung | 5.137,60 | 6.400,00 |
| B) medico-Basis | 3.952,00 | 4.944,80 |
| C) Assistenzen u. ä. | 3.556,80 | 3.956,80 |
| D) Werkstudierende & Geringfügig Beschäftigte | Entlohnung auf Stundenbasis | |

Alle Gehälter und Zulagen werden anteilig nach Wochenstunden berechnet, wobei als Vollzeit die 40-Stunden-Woche gilt. Für Kinder wird eine Zulage von 205 € mtl. pro Kind gezahlt. Eine aufgabenbezogene Zulage von 250 € mtl. ist zeitlich begrenzt möglich. Über die Zahlung eines 13. Monatsgehaltes wird alljährlich gesondert vom Vorstand entschieden. Der fünfköpfige Vorstand des Vereins arbeitet ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Geschäftsführung besteht aus vier Personen, deren aufsummierte Jahresgehälter sich im Jahr 2021 auf 292.301,42 Euro belaufen. Nicht eingerechnet sind Arbeitgeber Sozialausgaben. Der Geschäftsführer hat die Geschäftsführung zum 30.08.2021 verlassen. Die Position blieb bis zum Jahresende unbesetzt.

VEREINSREGISTER / STEUERLICHE VERHÄLTNISSSE

Der Verein medico international ist unter der Nummer VR 5468 im Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt/Main eingetragen und wird beim Finanzamt Frankfurt am Main III unter der Steuer Nr. 45 255 93005 K10 geführt. Mit Bescheid vom 27. Oktober 2020 wurde dem Verein die Freistellung von der Gewerbe- und Körperschaftssteuer für die Jahre 2017, 2018 und 2019 erteilt. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. Abgabenordnung.

WESENTLICHE MITGLIEDSCHAFTEN UND VERBUNDENE RECHTSKÖRPER

medico international e.V. ist unter anderem Mitglied beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO sowie dem Bündnis Entwicklung Hilft. Im Jahr 2004 wurde die selbständige stiftung medico international gegründet, deren Zweck laut § 1, 2 ihrer Satzung überwiegend durch die materielle und ideelle Förderung des Vereins medico international e.V. verwirklicht wird. Seit 2018 ist medico international e.V. 100-prozentige Gesellschafterin der forum medico gGmbH. Unter anderem zur Förderung kritischer Öffentlichkeit unterhält diese mit dem „Osthafenforum“ einen Veranstaltungsbetrieb im Erdgeschoss des medico-Hauses.

Geförderte Kooperationen nach Regionen*

*Aufgeführt sind die Kooperationen, bei denen die Fördergelder im Berichtszeitraum überwiesen wurden. Erhielt ein Projekt 2021 mehrere Förderungen, sind diese zu einer Nennung zusammengefasst.

AFRIKA

Ägypten

- Soziale Veränderung durch kreative und therapeutische Theaterarbeit / Dawar for Arts and Development
 - Institutionelle Förderung / Dawar for Arts and Development
 - Unterstützung von Geflüchteten in Alexandria / Torraha for Culture and Art
 - Foto-Workshop mit Geflüchteten in Alexandria / Jungle Association
- 69.709,33 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Kenia

- Schutz der Lebensgrundlagen besonders gefährdeter Gruppen / Society for Development and Care (SODECA)
 - Nothilfe in der Dürre in Garissa und Tana River / SODECA
 - Advocacy für eine rechtebasierte, effektive und funktionierende allgemeine Gesundheitsversorgung / People's Health Movement (PHM) Kenya
- 96.354,46 €**

Mali

- Verbesserungen der Lebensbedingungen von abgewiesenen Migrant:innen in Mali / Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali (ARACEM)
 - Selbsthilfe von Abgeschobenen / Association Malienne des Expulsés (AME)
- 85.000,00 €**

Mauretanien

- Juristische und soziale Begleitung von Migrant:innen und Stärkung von Migrant:innenorganisationen / Association Mauritanienne des Droits de l'Homme (AMDH), Réseau Ouest Africain pour la Protection des Droits des Migrants, Réfugiés et Demandeurs d'Asile de la Libre Circulation (ROA-PRODMAC)
 - Rechtliche und psychosoziale Unterstützung für Migrant:innen und Geflüchtete in Mauretanien / AMDH
- 64.063,10 €**

Mosambik

- Selbstorganisation und Durchsetzung von Land- und Forstrechten von kleinbäuerlichen Gemeinden sowie gemeindebasierter Wiederaufbau nach Wirbelsturm Idai / INKOTA-netzwerk e.V. und Ação Académica para o Desenvolvimento das Comunidades Rurais (ADECRU)
 - Lokale Saatgutssysteme und Organisationsentwicklung für kleinbäuerliche Familien sowie gemeindebasierter Wiederaufbau nach Wirbelsturm Idai / INKOTA-netzwerk e.V. und União Nacional de Camponeses (UNAC)
 - Selbstorganisation von vom Wirbelsturm Idai betroffenen kleinbäuerlichen Familien im Distrikt Buzi, Provinz Sofala / UNAC
- 35.488,00 €**

Niger

- Institutionelle Förderung 2021-2023 / Alternative Espaces Citoyens (AEC)
- 60.000,00 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Sierra Leone

- Sozio-ökonomisches und juristisches Empowerment von marginalisierten Männern, Frauen und Jugendlichen im Distrikt Kono / Network Movement for Justice and Development (NMJD)
 - Nothilfe für den Wiederaufbau nach Unwetterschäden im Distrikt Kono / NMJD
 - Lobby- und Advocacy-Initiativen für eine Gesetzesinitiative zum Schutz von Abgeschobenen / Network of Ex-Asylum Seekers Sierra Leone (NEAS)
- 83.830,95 €**

Somalia

- Nothilfe, Sicherung von Lebensgrundlagen und Gesundheit in Somalia und Kenia / Nomadic Assistance for Peace and Development (NAPAD)
- Verbesserung der Ernährungssicherheit und Einkommenssteigerung

von Kleinbäuer:innen durch klimaangepasste Subsistenzwirtschaft in Somalia und Kenia / NAPAD

1.536.713,36 € (inkl. Unterstützung AA und BMZ)

Südafrika

- Selbstorganisation von Gemeindegesundheitsarbeiter:innen auf Provinz- und nationaler Ebene und Stärkung ihrer demokratischen und gesundheitspolitischen Praxis (Phase 2) inkl. Corona-Aufstockung / Khanya College, Section 27, Sinani, PHM-SA und Wellness Foundation
 - Wissen und Handlungsfähigkeit gegenüber HIV/AIDS und verwandte Gesundheitsrisiken unter Teenagern in Schulen / Sinani KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence (Sinani)
 - Institutionelle Unterstützung / Khanya College
 - Jugend- und Gemeindeentwicklung: Bekämpfung von Gewalt und Armut – Beitrag zur institutionellen Unterstützung / Sinani
 - Übergangsförderung zum Projekt Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung in Südafrika / Sinani, Khanya College und Peoples Health Movement South Africa (PHM-SA)
 - Förderung einer Basisgesundheitsbewegung zur Stärkung gesundheitspolitischer Interessen der marginalisierten Bevölkerung und damit zur Verbesserung ihrer Gesundheitsversorgung / Khanya College, Sinani und PHM-SA
 - Für eine geschlechtergerechte „Just Transition“ / Gender CC Southern Africa – Women for Climate Justice
- 429.231,05 €** (inkl. Unterstützung BMZ und stiftung mi)

Westsahara

- Netzwerkstärkung und Kampagnenarbeit völkerrechtswidriger Aktivitäten und Ressourcenausbeutung in der besetzten Westsahara und die Involviertheit europäischer und deutscher Unternehmen / Western Sahara Resource Watch (WSRW)
- 10.000,00 €**

ASIEN

Afghanistan

- Psychosoziale Begleitung von Menschenrechtsaktivist:innen für lokale Partnerorganisationen / Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO)
 - Den afghanischen Friedensprozess nachhaltig gestalten: Ein partizipativer Ansatz mit Schlüsselakteur:innen auf Provinz- und Gemeindeebene / AHRDO
 - Institutionelle Förderung und Flucht-Nothilfe (Phase I) / AHRDO
 - Erfassung von Menschenrechtsverletzungen unter der Herrschaft der Taliban / AHRDO
 - Flucht-Nothilfe für Menschenrechtsverteidiger:innen der Partner AHRDO und AMASO (Phase II)
 - Beratungszentrum für Migration / Afghanistan Migrants Advice and Support Organization (AMASO)
- 188.390,34 €** (inkl. Unterstützung BMZ und SIDA)

Bangladesch

- Organisation von Arbeiter:innen in 100 bangladeschischen Fabriken, die Bekleidung für in Deutschland bekannte Marken produzieren / National Garment Workers Federation (NGWF)
 - Unterstützung des ländlichen Gesundheitsprogramms in der Pandemie / Gonoshasthaya Kendra (GK)
- 32.402,00 €**

Indien

- People's Covid Care – Pilotmaßnahme zur Hilfe inmitten der Pandemie / Quarantined Student-Youth Network (QSYN)
- Corona-Hilfe und Unterstützung des ländlichen Gesundheitsprogramms in Andhra Pradesh / Community and Rural Development Society (CARDS)

- Covid Response Watch / Coorg Organisation of Rural Development (CORD)
 - Corona-Hilfe nach der zweiten Welle / Public Health Resource Society (PHRS)
- 98.216,95 €**

Indonesien

- Förderung selbstbestimmter Entwicklung / Institut Mosintuwu
 - Nothilfe nach Erdbeben in West-Sulawesi / IDEP Foundation
 - Gemeindebasierte klimagerechte Landwirtschaft in Nordbali / IDEP Foundation
- 94.547,80 €**

Pakistan

- Reduktion von CO₂-Emissionen und Unterstützung des ländlichen Gesundheitsprogramms durch Solarenergie und Wasserfilter / Health and Nutrition Development Society (HANDS)
 - Schutz von Arbeitsrechten in der globalen Lieferkette / National Trade Union Federation (NTUF) und Home Based Women Workers Center Association (HBWCA)
- 49.904,98 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Philippinen

- Nothilfe für vom Taifun Rai betroffene Familien in der Provinz Cebu / Samahang Operasyong Sagip (SOS)
- 27.217,15 €**

Sri Lanka

- Förderung einer Kultur des Respekts zwischen tamilischen, singhalesischen & muslimischen Gemeinden im Norden Sri Lankas / Social Economical & Environmental Developers (SEED)
 - Notfallmaßnahmen nach Ausbruch von Covid-19 / SEED
 - Institutionelle Förderung / SEED
 - Recherche zur Menschenrechtssituation / Internationaler Menschenrechtsverein Bremen (IMRV)
- 188.512,53 €** (inkl. Unterstützung BMZ und stiftung mi)

LATEINAMERIKA

- Stärkung feministischer Bewegungen von unten / Marcha Mundial de las Mujeres Américas (MMM), vertreten durch Sempreviva Organização Feminista (SOF) in Brasilien und Asociación Civil Sector de Mujeres in Guatemala
- 10.295,74 €**

Brasilien

- Andere Gesundheit – Webportal für eine kritische Gesundheitspolitik / Associação Planeta Porto Alegre (Outras Palavras/Outra Saúde)
 - Menschenrechtsmaßnahmen im Bereich der Agrarreform in Brasilien – Jahr II / Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST) und Instituto Cultivar
 - Menschenrechte und Gesundheit / Movimento dos Trabalhadores Sem Teto (MTST) und Associação Amigos da Luta dos Sem Teto
- 96.636,00 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Costa Rica

- Psychosoziale Begleitung von politischen Akteur:innen und ihren engsten Familienangehörigen / Centro de Derechos Sociales del Migrante (CENDEROS)
 - Stärkung sektorieller Agenden (Umwelt, Bauern, Zivilgesellschaft)
 - Aufwendungen medico-Vertretung Mittelamerika
- 60.030,46 €**

El Salvador

- Integrales und rechthebasiertes Umweltmanagement / Asociación de Promotores Comunes Salvadoreños (APROCSAL) und Asociación Mangle, Asociación de Desarrollo Económico Social „Santa Marta“
 - Erinnerungen an die Pandemie II / Museo de la Palabra y la Imagen (MUIP)
 - Aufwendungen medico-Vertretung Mittelamerika
- 227.575,51 €** (inkl. Unterstützung BMZ)

Guatemala

- Integrale Bildung für Kinder und Jugendliche im Landkreis Sayaxché / Loq'Laj Ch'och' und Sagrada Tierra
- Psychosoziale Unterstützung von Verteidiger:innen von Landrechten und in Menschenrechtsprozessen / Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial (ECAP)
- Aufarbeitung der psychosozialen Auswirkungen von schweren Menschenrechtsverletzungen / ECAP
- Verbesserung der Lebensqualität durch besseren Zugang zu Gesundheitsversorgung / Bufete Jurídico des Derechos Humanos
- CO₂-Bindung in einem Waldgebiet von Baja Verapaz / Fundación Centro de Servicios Cristianos (Funcedescri)

- Verteidigung von sozialen und Umweltrechten und Stärkung der Basisgesundheit im Gemeinwesen des Landkreises Ixcán / Asociación Coordinadora Comunitaria de Servicios para la Salud (ACCSS)
 - Aufwendungen medico-Vertretung Mittelamerika
- 137.269,65 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Haiti

- Unterstützungsplattform für Migrant:innen und Geflüchtete / Groupe d'Appui aux Rapatriés et Réfugiés (GARR)
 - Solidarität mit den Opfern des Erdbebens vom 14.08.21 / GARR
 - Austausch und Beratung zwischen der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden in der Gemeinde Quanaminthe / Centre de Recherche et de Formation Economique et Sociale pour le Developpement (CRESFED)
 - Nothilfe in den Gemeinden Aquin und Cavaillon nach dem Erdbeben / CRESFED
 - Hilfe für durch das Erdbeben in Not geratene Familien in der Gemeinde Saint Louis du Sud / Réseau National Defense des Droits Humains (RNDHD)
- 106.366,03 €**

Mexiko

- Erhebung zur Migration und Schulung von Angehörigen verschwandener Migrant:innen / Movimiento Migrante Mesoamericano (M3)
 - Suche nach vermissten Mittelamerikaner:innen, die Mexiko durchqueren, um in die USA zu gelangen / M3
 - Aufwendungen medico-Vertretung Mittelamerika
- 28.803,37 €**

Venezuela

- Medikamentenlieferung an Gesundheitskooperative / Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecososola)
- 946,97 €**

NAHER UND MITTLERER OSTEN

Irak

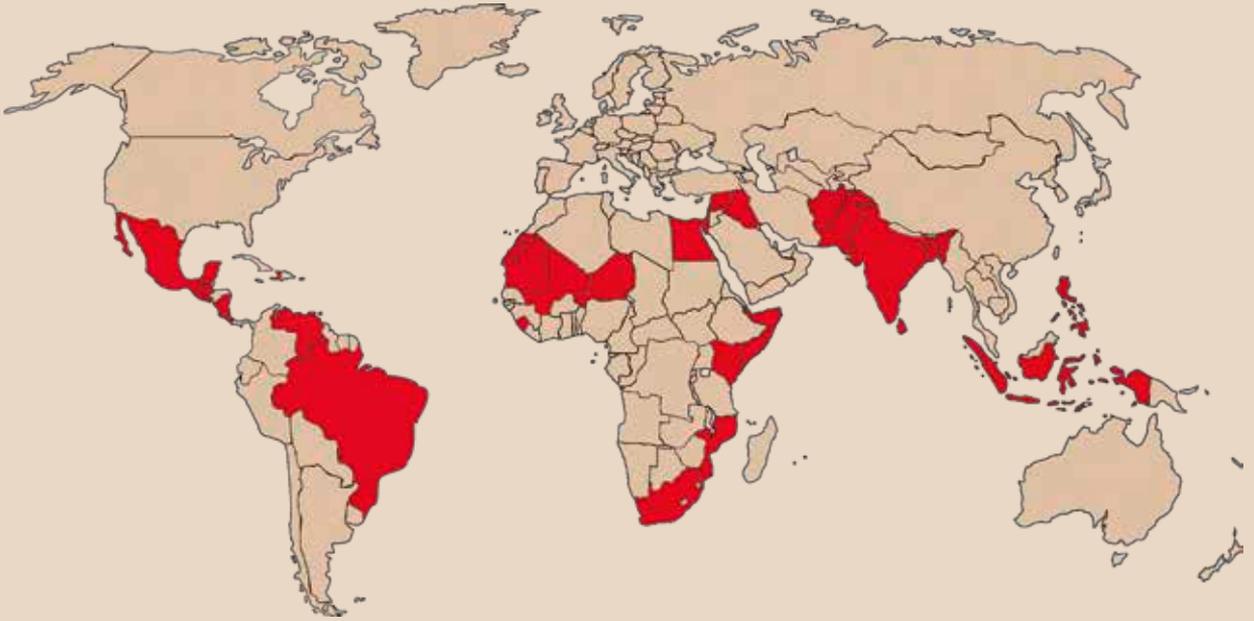
- Unterstützung eines Netzwerkes für Frauen- und Menschenrecht / Aman organization for women
- 7.544,39 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Libanon

- Bereitstellung von Gesundheitsdiensten sowie Schulungen für syrische Geflüchtete und vulnerable Familien in Gastgemeinden in der Bekaa und Süd-Beirut / AMEL Association
 - Veröffentlichung der kritischen Studie „Ein Jahr nach der Beirut-Explosion“ und institutionelle Förderung / The Public Source
 - Corona-Nothilfe und Unterstützung zur neuen Anbauphase der Dachgärten / Nashet Association
 - Etablierung einer alternativen, ökologischen und nachhaltigen urbanen Landwirtschaft im Flüchtlingslager Ein el Hilweh / Nashet Association
 - Solarenergie für das Center von Nashet in Ein el Hilweh / Nashet Association
 - Unterstützung und Stärkung von Migrant:innen / Anti-Racism Movement (ARM)
 - Unterstützung des Mena Prison Forums
 - Juristische Beratung und Unterstützung / UMAM Documentation and Research
- 2.558.709,76 €** (inkl. Unterstützung AA und BMZ)

Palästina / Israel

- Die palästinensische Fragmentierung überwinden. Für ein gemeinsames Narrativ / Baladna – Association for Arab Youth
- Institutionelle Förderung / Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel
- Land- und Wasserrechte im Jordantal und der Region Nablus / Union of Agricultural Work Committees (UAWC)
- Solidaritätsunterstützung für die Saatgutbank und Anpflanzungen von Setzlingen / UAWC
- Gesundheitsdienste und Ernährungssicherheit für Patient:innen mit nicht übertragbaren Krankheiten im Gazastreifen / UAWC und Palestinian Medical Relief Society (PMRS)
- Mobile Kliniken in Gaza / PMRS
- Institutionelle Förderung / Physicians for Human Rights Israel (PHRI)
- Humanitäre Hilfe für Gaza / PHRI
- Lebendige Erinnerung / Akevot – Institute for Israeli-Palestinian Conflict Research
- Schutz der Rechte von palästinensischen Demonstrant:innen unter der Palästinensischen Autonomiebehörde / Al-Haq



- Projekt zur Früherkennung von Brustkrebs / The Culture and Free Thought Association (CFTA)
 - Institutionelle Unterstützung / Al Mezan Center for Human Rights
 - Institutionelle Förderung / Who Profits
 - Institutionelle Unterstützung / Breaking the Silence
 - Institutionelle Förderung / Kerem Navot
 - Zugang zum Gazastreifen: Wiedervereinigung getrennter Familien und Schutz der Palästinenser:innen vor gewaltsamen Überstellungen / HaMoked - Center for Defense of the Individual
 - Emanzipatorischer Tourismus: Die Community führt durch Jerusalem / Grassroots Al Quds
 - Künstlerische Residency / Sharbabek - Windows from Gaza for Contemporary Art and General Union of Cultural Centers (GUCC)
 - Workshop für moderne Künstler:innen / Sharbabek und GUCC
 - Aufwendungen des Projektbüros Ramallah
- 1.816.406,22 €** (inkl. Unterstützung AA, BMZ und stiftung mi)

Syrien [vorw. Nordsyrien]

- Gerechtigkeit für die Opfer von Menschenrechtsverbrechen in Nordsyrien / Fight for Humanity (FFH)
 - Verbesserung der Situation von inhaftierten Kindern in Nordostsyrien, die mutmaßlich mit dem IS in Verbindung stehen, und Ermöglichung ihrer Rückkehr in die Gesellschaft / FFH
 - Hilfe für die vertriebene Bevölkerung in Nordsyrien / Kurdischer Roter Halbmond (KRC)
 - Unterstützung von Kinderheimen in Nordostsyrien / KRC
 - Bau eines Prothesenzentrums in Nordsyrien / KRC
 - Hygiene-Kits und Hygieneschulungen in Flüchtlingslagern in Idlib, Kurse zur Stärkung von Frauen / Adopt a Revolution (AaR)
 - Verbesserung der Hygienebedingungen von Binnenvertriebenen in Flüchtlingslagern sowie Stärkung und Unterstützung von Frauen und Kindern in Idlib / AaR
 - Schutz der Menschenrechte politischer Gefangener / The Center
 - Menschenrechtsarbeit in Nordsyrien / Rights Defense Initiative (R.D.I.)
 - Grenzüberschreitender Rechtsbeistand für rückkehrwillige Geflüchtete in Syrien und Libanon / SAWA for Development and Aid
- 765.026,18 €** (inkl. Unterstützung AA, AMB und VoHi Ö)

SONSTIGES

Flucht & Migration

- Notunterkunft für geflüchtete Frauen mit ihren Kindern in Marokko sowie Berufsbildung für Migrant:innen / Afrique Europe Interact (AEI) und Association des Réfugiés et Demandeurs d'Asile Congolais au Maroc (ARCOM)

- Alarmphone Sahara / Alarmphone Sahara und AEI
 - Unterstützung des senegalesischen Sozialforums / Panafricaine pour l'Education Citoyenne au Développement Durable et à la Solidarité Internationale (PAEDD)
 - Untersuchung und Dokumentation von Rechtsverletzungen von Migrant:innen und Geflüchteten in der Sahara / Border Forensics
 - Bildungsarbeit im Moria Camp - Kara Tepe II / Stand by Me Lesbos
 - Transnationale Zusammenkunft migrationspolitischer Basisorganisationen in Dakar / Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM)
 - Unterstützung von Geflüchteten im polnisch-belarussischen Grenzgebiet / Fundacja Polska Goscinosc
 - Förderung des westafrikanischen Netzwerkes zur Verteidigung der Rechte von Migrant:innen, Geflüchteten und Asylbewerber:innen sowie der Freizügigkeit / Association Malienne des Expulsés (AME), Réseau Ouest Africain pour la Protection des Droits des Migrants, Réfugiés et Demandeurs d'Asile de la Libre Circulation (ROA-PRODMAC)
 - Betreuung von Geflüchteten / Anti-Rassismus-Telefon Essen (ART)
- 221.131,35 €**

Globale Gesundheit

- Mitgliedsbeitrag und Programmfinanzierung / Geneva Global Health Hub (G2H2)
 - Institutionelle und Programmförderung 2021 & 2022 / Peoples Health Movement Global Secretariat (PHM)
 - Unterstützung der International People's Health University in El Salvador / Asociación de Promotores Comunales Salvadoreños (APROCSAL)
 - Kampagne „Waiver juristisch einklagen“ / Center for Health, Human Rights and Development (CEHURD)
- 66.616,04 €** (inkl. Unterstützung stiftung mi)

Psychosoziale Hilfe

- Behandlungsnetzwerk für Geflüchtete und Folteropfer / FATRA
- 6.000,00 €**

Legende der genannten weiteren Unterstützer

- AA: Auswärtiges Amt
- AMB: Àrea Metropolitana de Barcelona
- BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- stiftung mi: stiftung medico international
- VoHi Ö: Volkshilfe Österreich
- SIDA: Swedish International Development Cooperation Agency

Weiterführende Infos

Sie wollen mehr über unsere Arbeit und unsere Partnerorganisationen wissen?

Aktuelle Berichte, Pressemitteilungen, Veranstaltungshinweise, Hintergrundinformationen und Blogs unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden Sie auf: www.medico.de. Dort können Sie den medico E-Mail-Newsletter oder das vierteljährlich erscheinende medico-rundschreiben kostenlos bestellen. Sie können dort auch online spenden und eine Fördermitgliedschaft abschließen. Verbinden Sie sich auch in den sozialen Netzwerken mit uns: Sie finden medico international bei Facebook, Twitter und Instagram.

Sie wollen sich für medico engagieren – wen können Sie ansprechen? Sie möchten einen Info-Tisch machen, eine Veranstaltung mit einem medico-Referenten oder einer Referentin organisieren, im Freundes- und Verwandtenkreis Material verteilen, sich für ein konkretes Projekt engagieren? Sie haben eine Frage zu Ihrer Spendenquittung? Sie möchten **medico-Fördermitglied** werden, damit die gesamte Arbeit von medico und ihren Partnerorganisationen unterstützen sowie deren Unabhängigkeit sichern? Sie haben **ein Jubiläum, einen runden Geburtstag zu feiern** und möchten zu diesem Anlass um Spenden für medico bitten? Die Kolleginnen und Kollegen der **medico-Zentrale** helfen Ihnen gerne weiter! Tel. 069-944 380, info@medico.de

Sie wollen sich mit einer **größeren Spende** engagieren, denken über eine **Zustiftung** in das Vermögen der medico-Stiftung nach oder überlegen, medico in Ihrem **Testament** zu bedenken? Setzen Sie sich mit **Gudrun Kortas** in Verbindung, Tel. 069 94438-28, kortas@medico.de

Sie möchten selbst **aktiv werden** – eine Spendenaktion für ein konkretes Projekt oder eine bestimmte Region organisieren? Ob Benefizkonzert, Spendenlauf oder Veranstaltung – setzen Sie sich mit **Anita Starosta** in Verbindung. Tel. 069 94438-44, starosta@medico.de

Impressum

medico international e.V.
Lindleystraße 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
info@medico.de, www.medico.de
www.facebook.com/medicointernational
www.twitter.com/nothilfe

Spendenkonto
IBAN: DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC: GENODEM1GLS



ViSdP: Anne Jung
Redaktion: Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer
Gestaltung: Andrea Schuldt
Korrektur: Silke Weidner
Mai 2022

„Die Würde des Menschen ist seine Fähigkeit, dem, was ist zu widersprechen, sich zu verändern und verändert zu werden, und im Lichte dessen zu handeln, was noch nicht ist.“

Cornel West



medico international

medico international e.V.
Lindleystraße 15
D-60314 Frankfurt am Main

Spendenkonto:
IBAN: DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC: GENODEM1GLS